

# fonction publique

**CGFP**

Organe de la Confédération Générale  
de la Fonction Publique

*élections -  
édition spéciale*

numéro 258  
septembre/  
octobre 2018  
50<sup>e</sup> année  
paraît 6 fois par an

## Gut informiert wählen!

Und wieder ist es so weit: Alle 5 Jahre werden wir Wähler im Prinzip um unsere Meinung gebeten, wenn es darum geht, die Mitglieder des Parlamentes für die kommende Legislaturperiode zu bestimmen. Nachdem sich im Anschluss an die letzten Wahlen 2013 eine Dreierkoalition gebildet hatte, um die Geschicke des Landes in die Hand zu nehmen, finden diesmal die Wahlen in Zeiten der Hochkonjunktur statt, eine Tatsache, die aber keinesfalls darüber hinwegtäuschen sollte, dass gerade auf internationaler Ebene viele Unsicherheiten bestehen, die alles andere als positiv zu werten sind.

Im Vorfeld solcher Wahlen ist es interessant zu verfolgen, wie sich die um die Wählergunst buhlenden Parteien aufstellen – politisch bis zum heutigen Tag wenig bis überhaupt nicht in Erscheinung getretene Kandidaten aus Funk und Fernsehen bekannten Namen scheinen wiederum genau so gefragt zu sein wie all jene, deren Namen sich schon allein durch den einen oder anderen Elternteil auf der politischen Bühne eines gewissen Bekanntheitsgrades erfreuen können.

Ganz davon abgesehen, dass sich der eigentliche Wahlkampf in Luxemburg auf einen äußerst minimalen Zeitraum reduziert, ist es mehr als bedauerlich, dass auch die Wahlprogramme, die zum Teil erst ganz spät vorgestellt wurden, und die ja eigentlich als Kernstück der Meinungsbildung der Wähler dienen sollten, immer mehr zur Nebensache werden und von so manchen überhaupt nicht zur Kenntnis genommen werden.

Da jedoch allseits bekannt sein müsste, dass sich die Gewinner am Wahlabend auf ein sogenanntes klares Mandat der Wähler berufen, ganz speziell dann, wenn es darum geht, weniger erfreuliche Punkte aus ihren Programmen umzusetzen, die aus gewerkschaftlicher Sicht als Sozialabbau erkennbar sind, gilt es, gerade vor den Wahlen genau hinzuhören und die Programme der verschiedenen Parteien genaustens unter die Lupe zu nehmen.

Denn nur in voller Kenntnis der Sachlage ist es objektiv möglich, all jenen eine klare Abfuhr zu erteilen, die auch heute noch versuchen mit gezieltem Sozialabbau, insbesondere bei den im öffentlichen Dienst Beschäftigten, im Wahlkampf zu punkten.

In dieser Sonderausgabe der „fonction publique“ werden, wie jedes Mal vor den Parlamentswahlen, unsere „Wahlprüf-



steine“ veröffentlicht. Die CGFP stellt den zur Wahl antretenden Parteien deutliche Fragen, auf die unsere Leser eine klare, unmissverständliche Antwort erwarten – auch wenn das so manchen Parteien ganz offensichtlich schwerfällt. So lohnt es sich besonders zu verfolgen, welche Parteien die Meinung der CGFP in einer Reihe von Punkten teilen.

Nach überaus intensiven Verhandlungen haben sich die CGFP und die aktuelle Regierung ja bekanntlich am 15. Juni 2018 auf ein Abkommen geeinigt, durch das unter anderem die völlig unsinnige und für die kommenden Generationen kontraproduktive 80/80/90-Regelung zum 1. Januar 2019 abgeschafft wird. Die CGFP fordert von der künftigen Regierung, ganz gleich wie sie sich schlussendlich zusammensetzen wird, ein klares Bekenntnis zur integralen Umsetzung und termingerechten Ver-

abschiedung im Parlament, ganz im Sinne einer größeren Attraktivität des öffentlichen Dienstes und im Interesse aller Berufsanfänger.

Des Weiteren sieht die CGFP im Bereich „Sozialpolitik“, aufgrund prall gefüllter Rentenkassen mit beträchtlichen Reserven, derzeit absolut keinen Anlass, weitere Verschlechterungen bei Renten und Pensionen ins Auge zu fassen und erwartet sich von den sich zur Wahl stellenden Parteien ein klares Bekenntnis zum Erhalt des derzeitigen gesetzlichen Modells der Altersversorgung.

Gleiches gilt selbstverständlich auch für die vollständige Beibehaltung des altbewährten Indexmechanismus zur Absicherung der Kaufkraft aller Arbeitnehmer.

Darüber hinaus sollte nicht vergessen werden, dass gerade der zahlenmäßig schlanke öffentliche Dienst in

Luxemburg insbesondere während der EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2015 erneut eine vorbildliche Figur abgegeben hat. Damit dies auch in Zukunft gewährleistet bleibt, muss das partikuläre Statut der öffentlichen Funktion als Garant der Unabhängigkeit, der Unvoreingenommenheit, der Wirksamkeit und der Stetigkeit des öffentlichen Dienstes verteidigt werden.

Im Bereich der Steuerpolitik fordert die CGFP Nachbesserungen der zum 1. Januar 2017 in großen Teilen in Kraft getretenen Reform, ganz im Sinne einer größeren Steuergerechtigkeit. Hierzu gehören für die CGFP eine weitere Entlastung der Privathaushalte sowie die schnellstmögliche Abschaffung der Steuerklasse 1A, die zu Lasten von Alleinerziehern und Verwitweten geht.

Auch der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen muss ein Riegel vorgeschoben werden, da dies in den allermeisten Fällen zu Qualitätsverlust und zu Preissteigerungen geführt hat.

Wie die verschiedenen Parteien zu diesen und vielen anderen wichtigen Punkten stehen, ist in der Ihnen vorliegenden Sonderausgabe der „fonction publique“ zu lesen.

Getreu unserer stets in der Vergangenheit befolgten Linie parteipolitischer Unabhängigkeit und ideologischer Neutralität, geben wir auch dieses Mal keine Wahlempfehlung ab. Doch in den heutigen turbulenten Zeiten, in denen Populismus und Demagogie immer öfter im politischen Alltag an vorderster Front anzutreffen sind, gilt es für den kritischen, sprich informierten Wähler mehr als je zuvor, mit kühlem Kopf, die Wahlprogramme der Parteien genauestens zu analysieren und bestens informiert sein Wahlrecht nützlich auszuschöpfen, denn eines müssen wir uns bewusst sein:

Wir Wähler haben lediglich jetzt das Wort. Danach wird es wieder 5 Jahre bis zu den nächsten Parlamentswahlen dauern, bis unsere Meinung erneut gefragt sein wird. Diese Zeit darf nicht zu Sozialabbau, insbesondere im öffentlichen Dienst, genutzt werden!

Und gerade deshalb gilt es jetzt, in voller Kenntnis der Sachlage seine Wahl zu treffen.

**Romain Wolff,**  
CGFP-Nationalpräsident

PERIODIQUE

**POST**  
LUXEMBOURG

Envois non distribuables à retourner à:  
L-3290 BETTEMBOURG

**PORT PAYÉ**  
PS/141



# L'évasion est proche

**LUX VOYAGES CGFP, une agence de voyage complète à votre service:**

**Pour vos déplacements de service ou privés à l'étranger**

**Voyages organisés**

**Billets d'avion, de train et de bateau**

**Réservations d'hôtels et d'appartements dans le monde entier**

**Tarif spécial pour membres CGFP**

**OUVERT  
LE SAMEDI MATIN**



## LUX VOYAGES

25A, boulevard Royal (Forum Royal) • L-2449 Luxembourg  
Tél. 47 00 47 -1 • Fax 24 15 24 • e-mail: luxvoyages@cgfp.lu  
Ouvert du lundi au vendredi de 8 à 18 h et le samedi de 9 à 13 h

# Welche Partei steht Ihnen wirklich nah?

Der CGFP-Wahlcheck: 8 Parteien – 34 Fragen – 7 Themenfelder

**Der Tag der Entscheidung über die künftige politische Gestaltung des Landes naht: Nach den Parlamentswahlen am 14. Oktober wird sich herausstellen, welche Koalition in den kommenden fünf Jahren die Geschicke Luxemburgs bestimmen wird. Doch wofür stehen die Kandidatinnen und Kandidaten, die im Herbst in das Abgeordnetenhaus einziehen möchten?**

Die Antwort findet man zum Teil in den Wahlprogrammen. Diese sind allerdings so umfangreich, dass manche Bürger Schwierigkeiten haben, sich im Parteien-Dschungel zurechtzufinden. Zudem verlagert sich der Wahlkampf zunehmend auf die sozialen Netzwerke.

Bei Twitter, Facebook und Instagram werden komplexe Themen, die im Vorfeld eine tiefgründige Analyse erfordern, meist nur oberflächlich in Form von Häppchen-Nachrichten angeschnitten. Die heutigen Wahlkampagnen erwecken bei manchen Beobachtern den Eindruck, dass der politische Inhalt zunehmend in den Hintergrund gerät.

Je näher der Wahltermin rückt, desto mehr versuchen die Parteien die Aufmerksamkeit der Medien auf sich zu ziehen. Eine Pressekonferenz jagt die nächste: Die Politiker referieren was das Zeug hält, und reden dabei oft dem Volk nach dem Mund.

Schaut man etwas genauer hin, stellt man fest, dass die Parteien es oft vermeiden, sich allzu sehr in die Karten schauen zu lassen. Statt ihren Wählern konkrete Vorschläge zu bieten, neigen viele eher dazu, es bei wohlklingenden Absichtserklärungen zu belassen. Für die Wähler wird es somit umso schwieriger abzuwägen, welche Partei ihre persönlichen Anliegen am besten vertritt.

Mit der Veröffentlichung der „Wahlprüfsteine“ hält die CGFP an einer langjährigen Tradition fest, die sich im Vorfeld der vergangenen Parlamentswahlen immer als sehr nützlich erwiesen hat. Doch eines gleich vorweg: Die CGFP versucht keineswegs auf der letzten Zielgeraden des Wahlkampfs, Schützenhilfe für eine bestimmte Partei zu leisten.

Mit Stolz kann die Berufsorganisation aller öffentlich Bediensteten von sich behaupten, dass sie in ihrem mehr als 50-jährigen Bestehen noch nie eine Wahlempfehlung ausgesprochen hat. Seit ihrer Gründung fühlt sie sich dazu verpflichtet, politisch unabhängig und ideologisch neutral zu sein. Ein Prinzip, an dem die CGFP auch künftig nicht rütteln wird.

Vielmehr soll die Veröffentlichung der „Wahlprüfsteine“ den CGFP-Mitgliedern sowie allen öffentlich Bediensteten helfen, sich zwischen den Stellungnahmen der einzelnen Parteien zu orientieren. Mit Hilfe der Antworten können die Leser in voller Kenntnis der Sachlage ihre Stimmen abgeben.

2018 treten acht Parteien mit vollständigen Listen in den vier Bezirken zur Wahl an: die Piraten, déi Gréng, LSAP, CSV, KPL, DP, ADR und déi Lénk. Sie alle wurden Anfang Juli von der CGFP mit insgesamt 34 Fragen konfrontiert. Sämtliche Parteien haben diesem Appell Folge geleistet und schriftlich dazu Stellung bezogen.

Zur Beantwortung des Fragebogens wurde den Parteien zwei Monate gewährt. Die Reihenfolge der abgedruckten Antworten entspricht den Wahllistennummern, die den Parteien per Auslosung zugeteilt wurden. Die CGFP hat auch dieses Mal erneut bewusst darauf verzichtet, eine maximale Zeichenanzahl vorzuschreiben.

Die Herangehensweise ist sehr unterschiedlich. Einige Parteien schweifen aus, um vom eigentlichen Thema abzulenken. Andere setzen stattdessen auf konkrete und griffige Aussagen. „fonction publique“ veröffentlicht die Stellungnahmen in ungekürzter Form auf den Seiten 4 bis 27.

Bei fünf Punkten pochte die CGFP darauf, dass die Fragen schlicht mit Ja oder Nein beantwortet werden. Lediglich drei Parteien hielten sich an diese Spielregel. Die Anderen konnten nicht davon ablassen, noch ein paar Sätze hinzuzufügen.

Bei diesen fünf Kernfragen vertrat übrigens nur eine Partei exakt den gleichen Standpunkt wie die CGFP.

Drei Ja/Nein-Fragen beziehen sich auf den öffentlichen Dienst. So wurden die Parteien unter anderem gefragt, ob sie sich zum jüngsten Abkommen für den öffentlichen Dienst bekennen, das unter anderem die Abschaffung der berüchtigten 80/80/90-Regelung beinhaltet. Die CGFP hebt in diesem Zusammenhang hervor, dass es keine Partei gewagt hat, die integrale Umsetzung dieser Vereinbarung auch nur ansatzweise in Frage zu stellen und nimmt dies mit Genugtuung zur Kenntnis.

Ein Großteil der Parteien spricht sich zudem dagegen aus, das Gesetz von 2009, das den Zugang der EU-Bürger zum öffentlichen Dienst regelt, auf den Prüfstand zu nehmen. Des Weiteren ging der Aufruf an die Parteien, sich klar dazu zu äußern, ob sie der Meinung sind, dass das nationale Wahlrecht weiterhin ausschließlich Luxemburger Staatsbürgern vorbehalten bleiben soll oder nicht. Nur eine Partei tritt entschieden für eine Reform ein, die es allen Einwohnern Luxemburgs nach einer gewissen Aufenthaltsdauer ermöglichen würde, ihre Stimme bei den Nationalwahlen abzugeben.

Mit Ja oder Nein zu beantworten war auch die Frage zur Abschaffung der Steuerklasse 1A, die seit Jahren zahlreiche Alleinerzieher sowie geschiedene und verwitwete Menschen in die Armutsfalle treibt. Diese Frage spaltet die Politlandschaft. Vier Parteien wollen diese ungerechte Maßnahme aus der Welt schaffen, wenn auch nicht zwingend von heute auf morgen. Drei Parteien weigern sich vehement, diesen Schritt zu machen.

Zudem erkundigte sich die CGFP, ob die Parteien auch künftig die CGFP als einzige national repräsentative Gewerkschaft und somit als ihren alleinigen Verhandlungspartner für die allgemeinen Belange der öffentlich Bediensteten betrachten. Sechs von ihnen sichern diesbezüglich der CGFP ihre volle Unterstützung zu. Zwei Parteien aus dem linken Politspektrum sind anderer Ansicht und beteuern, dass sie noch andere Gewerkschaften in die Verhandlungen mit einbeziehen möchten.

Die übrigen 29 Fragen, die ohne Ja/Nein-Vorgabe beantwortet werden konnten, sind in insgesamt sieben Themenfelder eingeteilt. Einige davon betreffen den öffentlichen Dienst: Im Vordergrund stehen dabei insbesondere das jüngst mit der Regierung ausgehandelte Zusatzabkommen sowie die Umsetzung der Reform des öffentlichen Dienstes, die in weiten Teilen bislang alles andere als zufriedenstellend verlief.

Alle Parteien teilen die Meinung der CGFP, dass die Besoldungsabkommen, die für den öffentlichen Dienst ausgehandelt wurden, ihren Niederschlag auch in den öffentlichen Einrichtungen („établissements publics“) finden müssen. Einstimmig bekennen sich die Parteien zum partikularen Statut der öffentlich Bediensteten. Auch die Einführung der Zeitsparkonten im öffentlichen Dienst und die von der CGFP erzielte Kürzung der „Stage-Zeit“ von drei auf im Prinzip zwei Jahre finden im Allgemeinen große Zustimmung. Die Sicht der CGFP, dass Gehälterabkommen und Großteile der statutarischen Reform unbedingt voneinander getrennt verhandelt werden müssen, sorgt für keine nennenswerten Meinungsverschiedenheiten.

Wenig überraschend ist, dass Kürzungen bei den Anfangsgehältern nicht auf der Agenda der acht Parteien stehen. Es fällt jedoch auf, dass eine Regierungspartei diesbezüglich etwas vage bleibt. Eine weitgehende Übereinstimmung gibt es bei der Bereitschaft, im Falle einer Regierungsbeteiligung den Dialog mit den CGFP-Fachverbänden aufzunehmen, um über deren spezifische Belange zu verhandeln. Die CGFP wird die Parteien nach den Wahlen an ihre Versprechen erinnern und sie in die Pflicht nehmen.

Weitere Themenfelder der CGFP-„Wahlprüfsteine“ beziehen sich auf Dauerbrenner wie etwa Bildung, Wohnungsbau, Wirtschaft und Arbeitsmarkt sowie Sozial- und Steuerpolitik. Auch hier kann man einige interessante Schlüsse ziehen. Weisen wir zunächst darauf hin, dass der bewährte Indexmechanismus von niemandem angefochten wird. Bis auf eine Ausnahme bringt keiner der Befragten die Einführung des gedeckelten Index ernsthaft ins Spiel. Die von der CGFP geforderte Erhöhung des Mindestlohns stößt auf wenig Widerstand. Nur eine Partei stimmt dem nicht sofort zu. Interessanterweise handelt es sich dabei um die gleiche Partei, die ein Verfechter des gedeckelten Indexes ist.

Halten wir zudem fest, dass Renten- und Pensionskürzungen derzeit bei keiner Partei vorgesehen sind. Drei von ihnen schließen jedoch mittelfristige Reformen zur Finanzierung der Altersvorsorge nicht aus. Sehr geteilt sind die Meinungen betreffend das Bewertungssystem im öffentlichen Dienst. Gegner und Befürworter halten sich hier die Waage: Drei Parteien wollen das umstrittene Konzept abschaffen, da es der Willkür Tür und Tor öffnet. Ebenso viele Parteien halten unterdessen an diesem Prinzip fest, auch wenn sie sich einer Überarbeitung des Bewertungssystems nicht verschließen.

Einige Themen werden zum ersten Mal im Rahmen des umfassenden CGFP-Fragenkatalogs behandelt. Dies gilt unter anderem für die Wachstumsdebatte, die in der Öffentlichkeit immer mehr an Bedeutung gewinnt. Nach derzeitigem Stand stößt hierzulande alle sieben Jahre eine Gemeinde hinzu, deren Einwohnerzahl der Stadt Luxemburg gleichkommt. Verträge der 600.000 Einwohnerstadt über Jahre hinweg einen derartig rasanten Anstieg oder drängt sich ein Umdenken auf, lautet eine der Fragen, die sich an die Parteien richtet.

Die verschiedenen Stellungnahmen zusammenfassen, würde sicherlich den Rahmen sprengen. Generell sind sich die Parteien aber einig, dass Luxemburg zum Teil auf Wachstum angewiesen ist. Nur bei der Herangehensweise, wie man den Boom in vernünftige Bahnen lenken kann, weichen die Meinungen voneinander ab. Nähere Einzelheiten dazu finden Sie am Ende des Fragebogens auf den Seiten 25 und 27. Wir wünschen Ihnen viel Vergnügen bei der Lektüre!

Max Lemmer

## Alle Parteien befürworten das jüngste Abkommen für den öffentlichen Dienst



# CGFP-Wahlprüfsteine

Noch wenige Tage, dann ist es soweit: Bei den Parlamentswahlen am 14. Oktober 2018 bestimmen die Wähler die politische Zukunft Luxemburgs. Was soll ich wählen? Welche Partei vertritt meine Überzeugungen am ehesten? Für alle, die sich mit dieser Entscheidung noch schwer-tun, verschaffen die „CGFP-Wahlprüfsteine“ Abhilfe. Die

acht Parteien, die in den vier Bezirken mit vollständigen Listen kandidieren, haben Stellung zum CGFP-Fragebogen bezogen, der sieben Themenfelder abdeckt. Ziel der CGFP ist es, den öffentlich Bediensteten einen faktenorientierten Überblick zu verschaffen, ohne jedoch Einfluss auf deren Wahlent-scheidung zu nehmen.

## Fünfmal ein klares Ja oder Nein

### Frage 1:

*Ist Ihre Partei entschlossen – falls sie Regierungsverantwortung übernehmen sollte – das jüngste Abkommen für den öffentlichen Dienst, das insbesondere die Abschaffung der sinnlosen 80/80/90-Regelung als Zeichen der Solidarität gegenüber kommenden Generationen beinhaltet, nach den Wahlen im Parlament schleunigst und integral zur Abstimmung zu bringen und zu verabschieden?*



Ja.



Ja.



Ja.



Sollte die CSV nach den Wahlen im Oktober den Weg zurück in die Regierungsverantwortung finden, wird sie das neue Teilabkommen, das am 15. Juni 2018 zwischen der Regierung und der CGFP unterschrieben wurde, respektieren und umsetzen.



Ja.



Ja.



D'ADR respektiert déi kontraktuell Obligatiounen, déi vun der Regierung mat Drëtten ofgeschloss gi sinn, also jo.



Ja, denn wir waren von Beginn an gegen die Einführung dieser Regel.

### Frage 2:

*Erklärt sich Ihre Partei bereit, der CGFP-Forderung nach einer Abschaffung der Steuerklasse 1A Folge zu leisten?*



Ja.



Jein. Die Steuerklasse 1A ist nicht einheitlich: Sie erfasst sowohl Menschen mit relativ hohem Einkommen und vergleichsweise geringer familiärer Belastung als auch Menschen mit niedrigem Einkommen und hoher familiärer Belastung, wie z.B. Alleinerziehende. Es ist klar, dass die Steuerprogression in der Klasse 1A bei den niedrigen und mittleren Einkommen viel zu schnell greift und die Belastung durch Kinder zu wenig berücksichtigt wird.

Wir verschließen uns nicht einer Abschaffung der Klasse 1A, wenn gleichzeitig die soziale Selektivität verbessert wird. Eine einfache Streichung der Steuerklasse 1A kann nämlich neue Ungerechtigkeiten entstehen lassen. Deshalb sind déi gréng gegen einen politischen Schnellschuss. Wir werden die Auswirkungen der letzten Steuerreform evaluieren und im Sinne der Steuergerechtigkeit Anpassungen am Steuersystem vornehmen. déi gréng stehen für eine selektive Steuerpolitik, bei der die starken Schultern mehr tragen sollen als die schwachen.



Nein. Wir werden stattdessen die Steuerklasse 1A dem Tarif der Klasse 2 annähern.



Wir werden das Regime der Steuerkategorie 1A einer Prüfung unterziehen. Wir streben dabei eine Ausweitung der Übergangszeit von bisher drei auf fünf Jahre an. Auch soll es eine Tarifangleichung der Klasse 1A in Richtung Steuerklasse 2 geben. Wir werden aber nicht die Steuerklasse 1A ganz abschaffen.



Ja.



Ja (langfristig mittels Individualisierung)



D'ADR ass der Meinung, dass et zu enger Deelreform muss



kommen, fir Ongerechtegkeiten aus der Welt ze schaffen. Dat heescht NET, dass déi Steuerklass muss ganz verschwannen.

**déi Lénk** Ja, wir haben diese Forderung in unserem Wahlprogramm folgendermaßen formuliert: „Den Ansatz mit verschiedenen Steuertabellen aufgeben und eine einzige Steuertabelle einführen, die die Zusammensetzung der Haushalte berücksichtigt, durch eine Gewichtung mithilfe von Verbrauchereinheiten (unités de consommation).“

### Frage 3:

*Durch das Gesetz von 2009 wurden manche Bereiche des öffentlichen Dienstes für EU-Bürger zugänglich, andere wiederum bleiben luxemburgischen Staatsbürgern vorbehalten. Teilen Sie die Meinung der CGFP, dass die darin definierten Bestimmungen auch in Zukunft Anwendung finden müssen?*



Ja.



Ja, die Bereiche des Staatsdienstes, die die Hoheitsrechte Luxemburgs betreffen, sollen den eigenen Staatsbürger\*innen vorbehalten bleiben.



Ja.



Bestimmte Bereiche des öffentlichen Dienstes wurden für EU-Bürger zugänglich gemacht. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass bestimmte Bereiche nur luxemburgischen Staatsbürgern vorbehalten werden sollen. Wenn in bestimmten Berufssparten Spezialisten gebraucht werden, die auf dem hiesigen Arbeitsmarkt nicht, oder nur sehr schwer zu finden sind, werden wir im Dialog solche Posten mit spezifischen Anforderungen ausweisen und entsprechende Rekrutierungsmöglichkeiten vorschlagen.



Ja.



Ja.

**adr:** Absolut, jo. D'ADR ass der Meinung, dass een am Prinzip muss Lëtzebuurger sinn, fir am öffentliche Déngscht ze schaffen. Ausnahmen däerf et nëmme ginn, wann et absolut net anescht geet. Wie wëll als Fonctionnaire oder Employé bei de Staat schaffen goen, muss Lëtzebuergesch, mëndlech wéi schrëfftlech, op héchstem Niveau kënnen.

**déi Lénk** Nein, „denn in vielen Bereichen fehlt es bereits heute an Personal. Die Hälfte der Bevölkerung verfügt nicht über die luxemburgische Staatsbürgerschaft und kann somit nicht im öffentlichen

Dienst arbeiten, obwohl sehr viele von ihnen in Luxemburg geboren und aufgewachsen sind. Wir müssen den Zugang zum öffentlichen Dienst für alle BewohnerInnen ermöglichen, um so den Engpass beim qualifizierten Personal zu beheben (wie es bereits bei der Armee der Fall ist). Genügend Kenntnisse der Amtssprachen Luxemburgisch, Deutsch und Französisch sind natürlich je nach Posten erfordert. Der Zugang zum öffentlichen Dienst könnte zudem die Einbürgerung der Nicht-LuxemburgerInnen erleichtern.“ (Zitat aus unserem Wahlprogramm)

## Frage 4:

*Die CGFP ist nach wie vor der Überzeugung, dass der Zugang zu Nationalwahlen ausschließlich über die luxemburgische Staatsangehörigkeit gewährt bleiben muss, dies umso mehr, da der Erwerb der luxemburgischen Staatsbürgerschaft durch die Reform des Nationalitätengesetzes wesentlich vereinfacht wurde. Sieht Ihre Partei das auch so?*

 Jein.

 déi gréng respektieren den Ausgang des Referendums vom 7. Juni 2015, das in Bezug auf das Einwohnerwahlrecht bei Parlamentswahlen deutlich gemacht hat, dass derzeit eine große Mehrheit der Luxemburger\*innen es ablehnen. Wir dürfen uns der Problematik des Demokratiedefizits jedoch nicht verschließen, welche auch durch die Reform des Nationalitätengesetzes nicht behoben, sondern nur entschärft wurde. Ein gutes, harmonisches Zusammenleben fordert Gleichbehandlung und Partizipation. Die Wege dorthin müssen in der nächsten Legislaturperiode mit allen gesellschaftlichen Akteuren diskutiert werden.

 Ja.

 Ja, der Zugang zu Nationalwahlen soll ausschließlich den Bürgern mit der luxemburgischen Nationalität gewährt bleiben.

 Ja.

 Ja.

 Jo. D'ADR géing och d'Nationalitéitgesetz reforméieren an de Sproochenniveau nees eropsetzen. Mat der ADR gëtt d'Nationalitéit net bradéiert.

 Nein, wir treten auch nach dem Referendum von 2015 für das Recht aller Einwohner ein, nach einer gewissen Aufenthaltsdauer (die wir in unserem alternativen Verfassungsentwurf auf fünf Jahre festgelegt haben) an den Parlamentswahlen teilzunehmen. Gerade in einem massiven Einwanderungsland, in dem am Anfang die politische Einbindung der Steuerzahler nicht über die Staatsbürgerschaft geschieht, ist es wichtig, keine politische Zweiklassengesellschaft zu schaffen. Das ist auch wichtig für eine offensive Salariatsvertretung der Gewerkschaften.

## Frage 5:

*Bestätigt Ihre Partei, auch in den kommenden Jahren ausschließlich mit der CGFP, der einzigen national repräsentativen Gewerkschaft für den öffentlichen Dienst, Verhandlungen über die Allgemeininteressen der Staatsbediensteten zu führen?*

 Ja

 Ja, déi gréng setzen in allen Sektoren auf demokratische Verhandlungen mit den jeweils national repräsentativen Gewerkschaften.

 Ja, wir werden bei der derzeitigen Praxis bleiben, die darin besteht, mit der national repräsentativen Gewerkschaft zu verhandeln.

 Ja.

 Nein.

 Ja.

 D'ADR féiert en Dialog mat all Gewerkschaft, inklusiv den Ënnerorganisatiounen vun der CGFP an den Organisatiounen, déi net oder nach net an der CGFP sinn. Awer JO, allgemeng Accorden fir den öffentliche Dénsgsch gi mat der CGFP ofgeschloss, déi e nationalen, representative Charakter huet.

 Nein, wir haben uns immer dafür ausgesprochen auch andere repräsentative Gewerkschaften (dort wo es sie gibt, bei der CFL oder in den Gemeinden) in die Verhandlungen einzubinden, im Sinne einer wirksamen Interessenvertretung des gesamten Personals.

## Neues Abkommen für den öffentlichen Dienst

Nach intensiven und wochenlangen Verhandlungen hat die CGFP am 15. Juni 2018 mit der Regierung eine Verlängerung des bestehenden Gehälterabkommens um zwei weitere Jahre vereinbart.

## Frage 1:

*In dem mit der CGFP ausgehandelten Besoldungsabkommen, hat sich die Regierung dazu verpflichtet, die CGFP-Fachverbände künftig nicht mehr auszugrenzen. Erklärt sich Ihre Partei für den Fall einer künftigen Regierungsbeteiligung bereit, den Dialog mit den CGFP-Mitgliedsorganisationen aufzunehmen, um über deren Belange zu verhandeln?*

 Die PIRATEN stehen für partizipative Entscheidungsformen und dementsprechend würden wir in einer Regierung den Dialog mit allen Betroffenen auf sämtlichen Ebenen führen, die so nahe wie möglich am Geschehen sind, also auch mit den CGFP-Fachverbänden.

 Ja.

 Selbstverständlich werden wir auch in Zukunft im Dialog mit den Fachverbänden bleiben, wenn es um fachspezifische Fragen und Anliegen geht. Gehälter- und statutarische Verhandlungen sollten jedoch weiterhin zentral mit der CGFP geführt werden.

 Sollte die CSV nach den Wahlen im Oktober den Weg zurück in die Regierungsverantwortung finden, wird sie das neue Teilabkommen, das am 15. Juni 2018 zwischen der Regierung und der CGFP unterschrieben wurde, respektieren und umsetzen.

 Die KPL erklärt sich bereit, den Dialog mit den CGFP-Fachverbänden aufzunehmen, um über deren Belange zu verhandeln.

 Die DP wird das ausgehandelte Besoldungsabkommen integral umsetzen. Die DP wird alle Maßnahmen, die größere Auswirkungen auf das Beamtenstatut und die Verwaltungsorganisation haben, mit

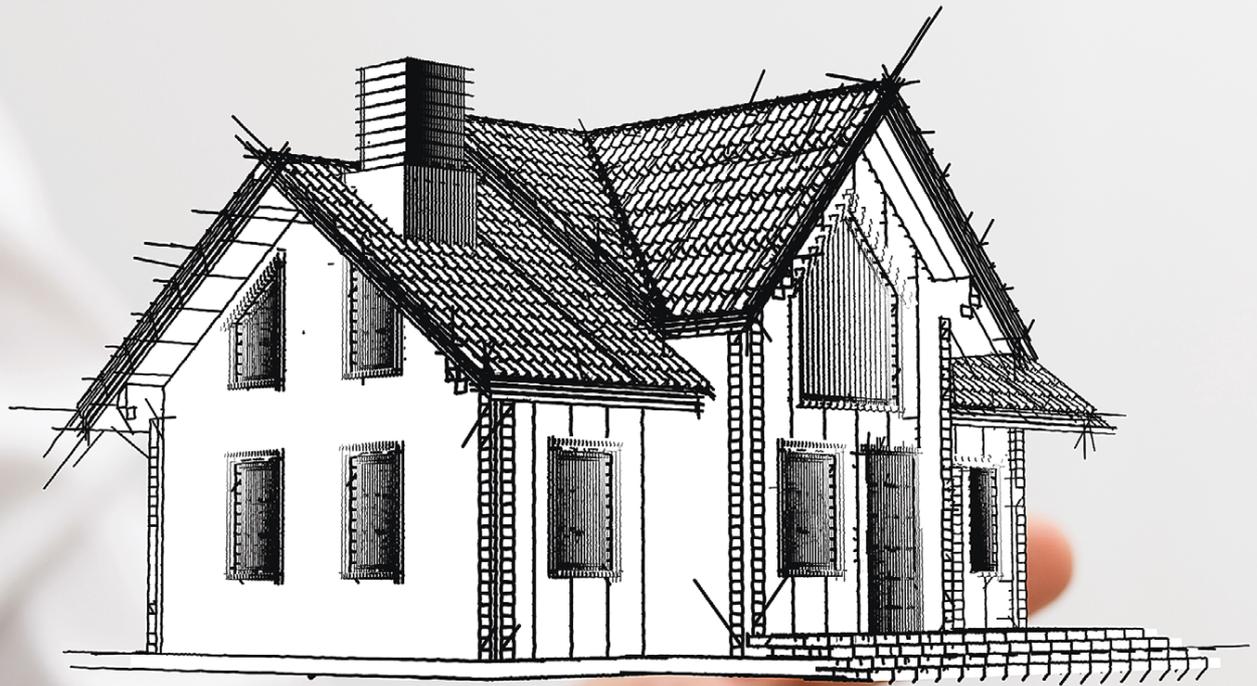


der zuständigen national repräsentativen Berufsorganisation aushandeln. Die DP ist der Ansicht, dass eine gut funktionierende Verwaltung nur auf ständigem Dialog mit den Beamten beruhen kann.

 D'ADR huet an deene leschte Joren vill Gespréicher mat Ënnerorganisatiounen vun der CGFP gefouert an domat ganz positiv Erfahrung gemaach. An den An vun der ADR gëtt et keng Ursach fir net och mat deenen Organisatiounen weider e konstruktiven an interessanten Dialog iwver hir speziell Uleiessen ze féieren. Dat gëllt och fir de Fall, wou d'ADR an d'Regierung kéim. Fir déi allgemeng Uleiessen vun der öffentliche Funktioun bleibt den Dialog mat der CGFP-Daachorganisatioun vun zentraler Wichtigkeit fir eng Kohärenz an der Approche ze garantéieren.

Fortsetzung siehe Seite 7

# CGFP-Baukredit



## Ihr Vorteil:

Ein **Direkt**-Abschluss Ihres Bausparvertrages bei der Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement, der Fach-einrichtung der Berufsorganisation des öffentlichen Dienstes, sichert Ihnen den landesweit schnellsten und günstigsten Kredit. Für unverbindliche, vertrauliche und kompetente Beratung:

**Tel.: 47 36 51**

**CGFP**  **Logement**

**déi Lénk** Wir werden den Dialog mit den CGFP-Mitgliedsorganisationen aufnehmen und mit ihnen über ihre gewerkschaftlichen Belange diskutieren (und über unsere Vorstellung gewählter Betriebsvertretungen in staatlichen Verwaltungen).

### Frage 2:

Schließt sich Ihre Partei der CGFP-Meinung an, dass die Anfangsgehälter im öffentlichen Dienst auch in Zukunft nicht gesenkt werden dürfen?

**PIRATEN** Ja.

**gréng** Ja.

**LSAP** Ja.

**CSV** Wir haben keine Kürzung der Anfangsgehälter vorgesehen.

**KPL** Die KPL lehnt eine Senkung der Anfangsgehälter im öffentlichen Dienst kategorisch ab.

**DP** Die vielen Beamten des öffentlichen Dienstes sind mit ihrem Einsatz und Engagement ein wesentlicher Bestandteil des Erfolgsmodells „Luxemburg“ und sie tragen zur Wettbewerbsfähigkeit und zur Attraktivität unseres Landes bei. Für die DP soll das verkürzte Praktikum in Zukunft für eine persönliche auf den Kandidaten abgestimmte Ausbildung genutzt werden. Die DP ist der Ansicht, dass die Anfangsgehälter des öffentlichen Dienstes attraktiv sein müssen, um die besten Talente anzulocken. Hiervon profitiert auch die Privatwirtschaft. Die DP steht zu dem kürzlich zwischen der Regierung und der CGFP ausgehandelten Abkommen für den öffentlichen Dienst.

**adr.** D'ADR ass, als sozial engagéiert Partei, ganz prinzipiell net der Meinung, datt Paie sollen erofgesat ginn. Den öffentliche Dénsgscht muss attraktiv bleiwen. Wichteg ass et awer och, fir de Problem vun der Ofwanderung vu qualifizéierte Leit aus dem Privatsecteur a Richtung öffentliche Dénsgscht unzepaken, dat awer net op Käschten vun de Staatsbeamten.

**déi Lénk** Ja, denn wir hatten uns immer gegen die absurde Austeritätspolitik im Interesse der Wirtschaftsbankrotteure von 2008/2009 ausgesprochen. Vor dem Hintergrund wachsender Lebenshaltungskosten, unter anderem durch explosionsartig gestiegene

Wohnungspreise, trifft diese Politik vor allem junge Menschen, die ihren Einstieg ins Berufsleben planen.

### Frage 3:

Unterstützt Ihre Partei die CGFP in ihrem Bestreben, dass sämtliche Punkte, die Gehälterabkommen beinhalten, in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes, also auch innerhalb der öffentlichen Einrichtungen („établissements publics“), umgesetzt werden.

**PIRATEN** Ja.

**gréng** Ja, diese sollen für alle Mitarbeiter gelten, die unter öffentlichem Statut eingestellt sind oder werden.

**LSAP** Grundsätzlich ja.

**CSV** Im Prinzip ja, allerdings hängt dies von den Verhandlungspartnern ab.

**KPL** Die KPL unterstützt die CGFP in ihrem Bestreben, dass sämtliche Punkte, die Gehälterabkommen beinhalten, in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes umgesetzt werden – also auch innerhalb der öffentlichen Einrichtungen („établissements publics“).

**DP** Die DP steht weiterhin hinter dem Prinzip, dass auch die Arbeitnehmer der öffentlichen Einrichtungen in den Genuss der Abkommen des öffentlichen Dienstes kommen.

**adr.** Dëst ass an den An vun der ADR eng Selbstverständlechkeet.

**déi Lénk** Ja.

## Reform des öffentlichen Dienstes

Nach dem Inkrafttreten der Dienstrechtsreform häuften sich die Probleme in vielen Bereichen, so dass der Unmut im öffentlichen Dienst zunehmend wuchs und es in manchen Staatsverwaltungen immer schwieriger wurde, offene Stellen zu besetzen.

### Frage 1:

Welche Maßnahmen schlägt Ihre Partei vor, um zu vermeiden, dass der öffentliche Dienst weiter an Attraktivität einbüßt?

**PIRATEN** Um den öffentlichen Dienst attraktiver zu gestalten, bedarf es einer Verschlanung der Bürokratie, die heute allzu häufig gute Ideen von Beamten und Beamtinnen verhindert, anstatt umsetzbar zu machen. Jeder Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes soll die Möglichkeit bekommen, sowohl seine Arbeit mitzugestalten und sein Umfeld zu verbessern, als auch flexible Arbeitsmöglichkeiten einzuführen, um Familie und Beruf besser zu vereinbaren.

**gréng** déi gréng werden sich dafür einsetzen, die Attraktivität des Staates als Arbeitgeber zu erhalten und die Mitarbeiter bei der Gestaltung bzw. bei der Anpassung aktueller und zukünftiger Reformen mit einzubeziehen. Wir wollen das Profil des Staates als attraktiver Arbeitgeber weiter schärfen, die Personalbedürfnisse vorausschauend planen, die Differenz zu den Löhnen im Privatsektor im Auge behalten, die Initialausbildung im „Stage“ verkürzen (so wie es in dem jüngsten Abkommen festgehalten wurde) und die Weiterbildung dementsprechend als berufsbegleitendes Kompetenzmanagement ausbauen. Wir möchten qualitative Elemente, wie beispielsweise bessere Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten oder spezielle Vergünstigungen in der Mobilität (z.B. Jobtickets), Gesundheit am Arbeitsplatz usw. als wichtige Bausteine für die Attraktivität der öffentlichen Laufbahnen einsetzen. Auch die Einführung eines Zusatzpensionssystems wird die Attraktivität des öffentlichen Dienstes steigern.



**LSAP** Neben der Abschaffung der 80/80/90-Regelung und der Verkürzung der „Stage-Zeit“ wollen wir eine Reihe weiterer Verbesserungen umsetzen, u.a.:

- die Harmonisierung aller Berufslaufbahnen, gemäß dem Prinzip „gleiches Gehalt für gleichen Schulabschluss“;
- Telearbeit und „Lifelong Learning“ unterstützen;
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern;
- Arbeitszeiten flexibler gestalten, Stichwort „Teilzeitarbeit“ und „Zeitsparkonten“;
- Mitbestimmung am Arbeitsplatz verbessern;
- Gesundheit, Sicherheit und Wohlbefinden am Arbeitsplatz fördern;
- die Personalplanung und -entwicklung optimieren;
- die Digitalisierung der Verwaltungsprozesse beschleunigen;
- den Bürokratieabbau weiter vorantreiben.

# Webnews



Immer bestens informiert: [www.cgfp.lu](http://www.cgfp.lu)

## D'ARMÉI REKRUTEIERT FRÄIWËLLEG ZALDOTEN



D'ARMÉI, ENG ERAUSFUERDERUNG FIR DECH

D'Lëtzebuerger Arméi steet national an international fir Asaz an Engagement. Hir Missioun ass et Mënschen ze schützen an hinnen an der Nout ze hëllefen.



LËTZEBUGER ARMÉI  
[www.armee.lu](http://www.armee.lu) • [info@armee.lu](mailto:info@armee.lu)



Schnell und übersichtlich informiert:  
[www.cgfp.lu](http://www.cgfp.lu)

**CSV** Um den Rekrutierungsproblemen des öffentlichen Dienstes entgegenzuwirken, wird die CSV auf Informationskampagnen in den Schulen und in der Öffentlichkeit zurückgreifen. Berufsausbilder sollen Schüler motivieren, spezifische Ausbildungen zu absolvieren und diese Berufswege im Dienste der Bürger/innen unseres Landes auch einzuschlagen.

**KPL** Die KPL vertritt die Ansicht, dass die Arbeits- und Gehaltsbedingungen so gestaltet werden müssen, dass der öffentliche Dienst attraktiv bleibt und eine Vorbildfunktion einnimmt. Dazu zählt auch, dass genügend Personaleinstellungen erfolgen, damit die Staatsangestellten ihre Arbeit unter bestmöglichen Bedingungen verrichten können. Um das umzusetzen, würde die KPL in den verschiedenen Bereichen des öffentlichen Dienstes den Dialog mit den Beschäftigten und den Gewerkschaften aufnehmen.

**DP** Für die DP ist es von nationaler Bedeutung, dass Luxemburg auch in Zukunft auf kompetente, gut ausgebildete und motivierte Beamte im öffentlichen Dienst zurückgreifen kann. Die DP hat sich zum Ziel gesetzt, die berufliche Laufbahnen im öffentlichen Dienst attraktiver und abwechslungsreicher zu gestalten. Die Reform der CSV-LSAP-Vorgängerregierung hat sich zum Teil als kontraproduktiv erwiesen, vor allem im Bereich der Ausbildung und der Praktikumsdauer.

Die DP-geführte Regierung hat eine Reduzierung der Praktikumszeit für angehende Beamte von drei auf zwei Jahre und die Abschaffung der 80/80/90-Regelung beschlossen. Wir sind davon überzeugt, dass dadurch die staatlichen Laufbahnen wieder attraktiver werden. Für die DP soll das verkürzte Praktikum in Zukunft für eine persönliche auf den Kandidaten abgestimmte Ausbildung genutzt werden. Dabei sollen die in der Grundausbildung bereits erworbenen Kompetenzen stärker berücksichtigt werden. Für die DP setzt dies eine Reform des INAP („Institut national d'administration publique“) voraus, um das Bildungsangebot zu erweitern und zu vertiefen. Die DP setzt sich auch für eine „Ecole d'Administration“ ein, die als weiterführende Schule in enger Zusammenarbeit mit bestehenden Bildungseinrichtungen ein Diplom anbieten soll, um Beamtenanwärter auf ihre Karriere im öffentlichen Dienst vorzubereiten.

Im Laufe der Legislaturperiode wurde der öffentliche Dienst gestärkt, indem zahlreiche neue Stellen geschaffen wurden, um der teils chronischen Unterbesetzung in verschiedenen Verwaltungen entgegenzuwirken. Zudem hat die rezente Einführung von Zeitsparkonten die Vorreiterrolle des öffentlichen Dienstes gestärkt.

Die DP ist auch der Ansicht, dass Menschen, die aus dem Privatsektor in den öffentlichen Dienst wechseln, die bereits geleisteten Dienstjahre in Zukunft integral angerechnet bekommen müssen.

**adr:** Eng vun deene wichtegsten an am meeschte motivéierende Moosnamen ass et, d'Aarbecht am öffentliche Dénsgsch qualitativ op héijem Niveau ze halen an iwwerall do, wou dat méiglech ass, weider opzewäerten. D'Leit sollen iwwerall eng interessant a wichteg Aarbecht maachen, déi och gesellschaftlech unerkannt gëtt. Och sollen do, wou et u Leit feelt, séier personell Verstärkung méiglech sinn. Mat der ADR gëtt et also Verännerungen an der aktueller Struktur vum Staat: Verschidde Waasserkäpp a Ministère verschwannen, op anere Plazen komme Leit bäi. Iwwerflüssig Bürokratie gëtt ofgeschafft, Prozedure g'vereinfacht. D'Prioritéite gi kloer definéiert.

D'Méiglechkeet vu materielle Verbesserungen hänken un éischter Plaz vun der Budgetsituation vum Zentralstaat of. Den öffentliche Dénsgsch muss géintiwwer dem private Secteur kompetitiv bleiwen.

Statutaresch muss den öffentliche Dénsgsch gutt ofgeséichert bleiwen. D'ADR trëtt fir en héichwärtigen, effizienten a politesch neutralen öffentliche Dénsgsch an. Wien am öffentliche Dénsgsch wëll schaffen, muss Lëtzebuergesch op héijem Niveau, mëndlech wéi schréfflech, kënnen.

D'ADR hält et fir wichteg, datt e Vertrauensverhältnis tëschent de Beamten an der Regierung als Patron besteet.

**déi Lénk** Wir wollen die öffentlichen Dienstleistungen weiter ausbauen und Liberalisierungen zurückdrängen. Wir wollen den Beamtenstatus schützen. Ein starker öffentlicher Dienst stärkt auch die Gewerkschaften im Privatsektor. Wie in allen wirtschaftlichen Bereichen beruht die Gewährleistung eines gut funktionierenden, öffentlichen Dienstes auf guten Arbeitsbedingungen.

### Frage 2:

**Die Reform des Praktikums verfehlt die in sie gesetzten Erwartungen. Die CGFP hat mit Erfolg gefordert, dass die „Stage-Zeit“ von drei auf im Prinzip zwei Jahre gekürzt wird, wobei die Dauer nicht zwingend in allen Verwaltungen identisch sein muss. Bestätigen Sie, dass Ihre Partei gewillt ist, diesen Weg einzuschlagen?**

**PIRATEN** Die „Stage-Zeit“ sollte unserer Meinung nach individuell je nach Postenprofil definiert werden.

**gröng** Ja. Im Rahmen des neuen, von der aktuellen Regierung mit der CGFP ausgehandelten Gehälterabkommens für den öffentlichen Dienst wurde festgehalten, dass die „Stage-Zeit“ verkürzt werden soll. Wir stehen zu dieser Abmachung und teilen die Auffassung, dass die Dauer nicht zwingend für alle Verwaltungen identisch sein muss. In diesem



# RÉFORMES DE L'ADMINISTRATION

Sinne soll eine Evaluation des Praktikums, seiner Notwendigkeit und seines Nutzens in den verschiedenen Verwaltungen gemacht werden.

**LSAP** Ja.

**CSV** Die CSV will die Ausbildung für den öffentlichen Dienst reformieren. Wir haben uns nie einer Diskussion, was die Reduzierung der „Stage-Zeit“ angeht, verschlossen. Wir teilen die Meinung der CGFP, dass die „Stage-Zeit“ nicht zwingend in allen Verwaltungen identisch sein muss. Wir waren und sind der Meinung, dass es letztendlich auf den Inhalt ankommt. Wir werden deshalb sicherstellen, dass das Praktikum inhaltlich so ausgerichtet wird, dass es den Anforderungen einer gut funktionierenden, kompetenten und effizienten Verwaltung entspricht. Durch eine bessere Ausbildung und Weiterbildung erhoffen wir uns, mehr junge, qualifizierte Leute für den öffentlichen Dienst zu begeistern.

**KPL** Die KPL ist grundsätzlich gegen die Einführung einer sogenannten „Stage-Zeit“.

**DP** Die Reform der CSV-LSAP-Vorgängerregierung hat sich in der Tat in vielen Bereichen als kontraproduktiv erwiesen, vor allem in den Bereichen der Ausbildung und der Praktikumsdauer. Die DP ist davon überzeugt, dass die in dieser Legislaturperiode beschlossene Reduzierung der Praktikumszeit für angehende Beamte von drei auf zwei Jahre der richtige Weg ist und eine Karriere beim Staat wieder attraktiver macht. Für die DP soll das verkürzte Praktikum in Zukunft für eine persönliche, auf den Kandidaten abgestimmte Ausbildung genutzt werden.

**adr:** E Stage huet nëmmen dann e Sënn, wann een an där Zäit alles dat léiert, wat ee brauch, fir dono a séngem Beruff vollwärtig agesat kënnen ze ginn. E brauch dowéinst net kënschtlech an d'Längt gezunn ze ginn, nëmme fir eng Uniformiséierung vum Stage am Staat ze erzwingen. De Stage muss also de Besoinen vun deenen einzelen Verwaltungen ugepasst sinn.

**déi Lénk** Wir haben uns in unserem Wahlprogramm dafür ausgesprochen, die „Stage-Zeit“ den Bedürfnissen der verschiedenen Laufbahnen anzupassen. So kann die „Stage-Zeit“ in einigen Berufen auf nur sechs Monate reduziert werden, während sie bei anderen Berufen ein bis zwei Jahre ausmachen muss. Unabhängig von der Dauer des „Stage“ muss dieser der Laufbahn der angehenden Beamten angerechnet werden.

### Frage 3:

**Teilt Ihre Partei die Sicht der CGFP, dass Gehälterabkommen und Großteile der statutarischen Reform zwei verschiedene Dinge sind, die unbedingt voneinander getrennt verhandelt werden müssen?**

**PIRATEN** Wenn Gehälterabkommen und statutarische Reform nicht aufeinander bauen, sollten diese unabhängig voneinander verhandelt werden.

**gröng** Prinzipiell ja. Allerdings erscheint es uns bei einzelnen Aspekten für beide Seiten durchaus von Vorteil zu sein, die Gehälterfragen und die statutarischen Elemente zusammen zu diskutieren, da sie liiert sein können; so etwa in Bezug auf Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes. Die Attraktivität eines Arbeitgebers misst sich ja nicht nur an der Entlohnung, sondern auch an der Zufriedenheit am Arbeitsplatz, am Arbeitsklima, an den Weiterbildungsmöglichkeiten und an etlichen anderen qualitativen Maßnahmen.



**LSAP** Ja.

**CSV** Ein Gehälterabkommen kann, muss aber nicht Teil einer umfassenderen Reform sein. In anderen Worten, beides kann, muss aber nicht voneinander getrennt verhandelt werden.

**KPL** Die KPL teilt die Sicht der CGFP, dass Gehälterabkommen und Großteile der statutarischen Reform zwei verschiedene Dinge sind, die getrennt voneinander verhandelt werden müssen.

**DP** Die DP wird alle Maßnahmen, die größere Auswirkungen auf das Beamtenstatut und die Verwaltungsorganisation haben, mit der zuständigen national repräsentativen Berufsorganisation aushandeln. Dazu gehören sowohl Gehälterabkommen als auch Reformen, die das Statut der Beamten betreffen. Die DP ist der Ansicht, dass eine gut funktionierende Verwaltung nur auf ständigem Dialog mit den Beamten basieren kann.

**adr:** Jo. Dat sinn zwou Saachen, déi een net d'äerf matenee vermëschten.

**déi Lénk** Die Praxis der letzten Jahre hat gezeigt, dass Lohn- und Karriereverbesserungen dazu benutzt wurden, um strukturelle Verschlechterungen zu erpressen. Wir teilen deshalb ihre Meinung, dass man so keine Verhandlungen führen kann.

#### Frage 4:

*Das Bewertungssystem, das im Zuge der Dienstrechtsreform eingeführt wurde, ruft bei der CGFP nach wie vor Bedenken hervor, da eine objektive Bewertung nicht gewährleistet ist. Stimmt Ihre Partei der CGFP-Forderung nach einer baldigen Abschaffung des fragwürdigen Bewertungssystems zu?*

**PIRATEN** Auch wenn die PIRATEN nicht per se für die Abschaffung des Bewertungssystems sind, stimmen sie der CGFP zu, dass die aktuelle Umsetzung fehlerhaft und dringend reformbedürftig ist.

**gréng** Für eine endgültige Bilanz des neuen Systems und eine baldige Abschaffung ist es wohl noch zu früh. Das System muss aber mit Sicherheit überarbeitet werden. An der Kultur des Feedbacks

zwischen Mitarbeitern und Chefs möchten wir festhalten. Sie kann für beide Seiten nützlich sein, wenn es richtig ausgeführt und insbesondere in beide Richtungen angewendet wird. Dabei muss es auch nicht um eine formale „Appréciation“ gehen, sondern um einen ehrlichen und unkomplizierten Austausch in Form eines Mitarbeitergesprächs.

**LSAP** Bevor über eine Beibehaltung, eine Reform oder eine Abschaffung des Bewertungssystems entschieden werden kann, sollte zunächst eine Evaluierung stattfinden, die Aufwand und Nutzen, Stärken und Schwächen benennt. Danach erst sollte entweder über eine Abschaffung oder über eine Reform entschieden werden.

**CSV** Auch wenn dieser Punkt nicht weiter in unserem Wahlprogramm thematisiert wurde, stehen wir nach wie vor zum Bewertungssystem im öffentlichen Dienst. Wir geben gerne zu, dass sich die Umsetzung vor Ort schwieriger gestaltet, als wir es uns damals vorgestellt haben. Wir sind gerne bereit, über eine Nachbesserung des Bewertungssystems zu diskutieren.

**KPL** Die KPL fordert eine sofortige Abschaffung des fragwürdigen Bewertungssystems.

**DP** Die DP spricht sich nicht gegen eine objektive Bewertung im öffentlichen Dienst aus. Sollte sich jedoch herausstellen, dass die Umsetzung nicht funktioniert und die anvisierten Ziele nicht erreicht werden können, so steht die DP Verhandlungen über eine Änderung des aktuellen Systems nicht im Weg.

**adr:** D'ADR huet vun Ufank un géint dee System argumentéiert a verlaangt seng Ofschafung.

**déi Lénk** Wir schreiben dazu in unserem Wahlprogramm: „Die Evaluationsmethoden wieder abschaffen, die in erster Linie individuell ausgerichtet sind und nicht den Bedürfnissen einer kompletten Verwaltung Rechnung tragen. Wir wollen hingegen ein System zur Verbesserung des öffentlichen Dienstes schaffen, das die Beteiligung der BeamtInnen und der NutzerInnen öffentlicher Dienstleistungen vorsieht. Wir sind gegen ineffiziente Bewertungsmethoden, wie sie im Privatmanagement angewandt werden. Die Unabhängigkeit und die Neutralität der BeamtInnen und eine optimale Qualifikation müssen weiterhin die bestimmenden Prinzipien im öffentlichen Dienst bleiben.“

## Sozialpolitik

**In Zeiten prall gefüllter Rentenkassen, die mit Reserven von 4,5 Jahren so gut ausgestattet sind wie noch nie, gibt es nach Ansicht der CGFP keinen Anlass, das derzeitige Modell der Altersversorgung in Frage zu stellen.**

#### Frage 1:

*Kann Ihre Partei versichern, dass sie keine Verschlechterungen bei Renten und Pensionen ins Auge fasst?*

**PIRATEN** Ja!

**gréng** Um sein soziales Modell finanziell tragen zu können, ist Luxemburg momentan auf ein ständiges und vor allem hohes Wirtschaftswachstum sowie auf die Schaffung von Tausenden zusätzlichen Arbeitsplätzen pro Jahr angewiesen. Dies impliziert sowohl ein rasches Bevölkerungswachstum als auch eine Steigerung der Anzahl von Grenzgänger\*innen, die mit ihren Sozialbeiträgen die Finanzierung unserer heutigen Pensionen ermöglichen, und deren eigene Pensionen und Sozialleistungsansprüche durch andere zukünftige Lohnabgaben finanziert werden müssen. Für déi gréng ist ein solches Finanzierungsmodell nicht mit ihrem Kernziel einer nachhaltigen Entwicklung in Luxemburg vereinbar. Wir wollen das Land deshalb längerfristig aus der Abhängigkeit dieser Wachstumsspirale befreien, ohne jedoch die Leistungsfähigkeit des Rentensystems zu beschneiden.

Die zunehmende Digitalisierung der Arbeitswelt liefert z.B. Chancen für den Umbau und die Absicherung des Rentensystems oder auch für das Finanzierungsmodell der Pflegeversicherung, wo Beiträge zur Finanzierung der Renten auch auf Kapitaleinkommen erhoben werden. déi gréng setzen sich zudem – im Rahmen einer ökologischen Steuerreform – für eine Verschiebung der Steuerlast ein: Die Arbeit soll weniger und der Ressourcenverbrauch stärker belastet werden.

Die aktuelle, obligatorische, öffentliche Rentenversicherung, die auf dem Solidaritätsprinzip des Umlageverfahrens beruht, garantiert das Recht aller auf ein angemessenes Alterseinkommen. Dies muss die Hauptsäule der Luxemburger Altersvorsorge bleiben. Das Rentensystem des öffentlichen Dienstes wollen wir ebenfalls finanziell besser absichern. Im Gegensatz zum Privatsektor verfügt der öffentliche Sektor über keinerlei



Rentenreserven. Die Beiträge fließen direkt in die öffentliche Kasse und die Renten werden direkt über den Staatshaushalt finanziert. Deshalb wollen déi gréng auch einen Rentenfonds für den öffentlichen Dienst schaffen

**LSAP** Ja. Angesichts der hohen Reserven im Rentenfonds des „Régime général“ sieht die LSAP keinen Grund, die Rentenleistungen zu verschlechtern.

Die LSAP setzt sich für den Aufbau eines Rentenfonds im öffentlichen Dienst ein, um die Finanzierung der öffentlichen Renten abzusichern.

**CSV** Wir fassen keine Verschlechterungen bei Renten und Pensionen ins Auge. Es werden keine Pensionen gekürzt.

Wir wollen aber die Renten langfristig absichern. Wir wollen, dass die sozialen Sicherungssysteme langfristig finanzierbar bleiben, und dass es demnach nicht zu tiefen Einschnitten kommen muss.

Die Zahlen der „Inspection générale de la sécurité sociale“ von Dezember 2016 belegen ganz klar, dass Handlungsbedarf besteht. Bei einem permanenten durchschnittlichen Wachstum von 2,9 % bis 2030 bzw. von 2,5 % bis 2045 werden die Reserven 2043 aufgebraucht sein. Bereits ab 2023 wird mit einem negativen Jahresaldo gerechnet.

Wer sich bereits heute einer Diskussion über künftige Reformen verschließt, gefährdet den sozialen Besitzstand und das auf Kosten der zukünftigen Generationen.

Ein solcher Weg ist für uns nicht verantwortungsvoll. Deshalb fordern wir eine Reform des Rentensystems. Eine solche Reform soll auch klaren Vorgaben unterliegen und zwar:

- brauchen wir eine objektive Detailanalyse des Systems sowie der mittel- und langfristigen Finanzierbarkeit;
- halten wir an dem Generationenvertrag fest;
- eventuelle Lösungen und Reformansätze sollen im Dialog mit den Sozialpartnern gefunden werden.

Die heutigen Rentenversprechen sollen eingehalten werden und neue Versprechen sollen nur dann gemacht werden, wenn sie auch mittel- und langfristig verwirklicht werden können.

**KPL** Die KPL lehnt Verschlechterungen bei Renten und Pensionen kategorisch ab, strebt eine strukturelle Erhöhung der kleinen und mittleren Renten an und will die 2013 mit der Rentenreform beschlossenen Verschlechterungen rückgängig machen.

**DP** Die Rentensituation in Luxemburg ist positiv, auch im internationalen Vergleich. Mit der DP werden die Renten weiterhin auf hohem Niveau bleiben. Unserem Rentensystem geht es finanziell gut und die Rentenreserven befinden sich auf einem Rekordniveau, so dass wir keinen Bedarf für Rentenkürzungen sehen. Die Regierung hat eine Überprüfung der Rentenlage im Drei-Jahres-Rhythmus vorgesehen, die wir beibehalten werden, um schnell auf eine veränderte Situation reagieren zu können.

Die DP will, dass auch die kommenden Generationen von einer sicheren Rente ausgehen können. Die DP wird die Entwicklung der Beitragszahlungen auf der einen Seite und die der Rentenauszahlungen auf der anderen Seite genau im Auge behalten

**adr:** D'ADR ass géint eng Verschlechterung bei de Renten a Pensionen. Si denkt awer, datt laangfristeg strukturell Upassungen bei der Altersversuergung mussen gemaach ginn, fir datt de System och nach mar an iwweimar liewensfäeg bleift. Fir aus der Wuesstemsfal heraus ze kommen, mussen de Schnéiballsystem bei de Pensionen, esou wéi en am Abléck fonctionnéiert, ofgeännert ginn. An der Legislaturperiod 2018 – 2023 mussen heifir d'Weiße gestalt ginn, dést opgrond vu gudden, wéssenschaftlechen Analysen an am Dialog mat de Sozialpartner.

**déi Lénk** Ja, das können wir. Wir haben die „Reform Di Bartolomeo“ von 2012 abgelehnt. Wir meinen aber auch, dass diese riesige Reserve nicht auf den Aktienmärkten angelegt werden sollte, sondern dazu beitragen soll, neue Arbeitsplätze und damit neue Beitragszahler in Luxemburg zu schaffen, um so das Umlageverfahren am Leben zu halten. Außerdem wollen wir die strukturellen Verschlechterungen der Reform rückgängig machen. So soll z.B. die Steigerungsrate von 1,85 % wiedereingeführt werden (anstatt weiter progressiv bis 2052 auf 1,6 % abgesenkt zu werden, um private Zusatzkassen zu fördern).

## Frage 2:

*Im Vergleich zum berechtigten „Revenu d'inclusion sociale“ (REVIS), dem ehemaligen „Revenu minimum garanti“ (RMG), ist der Mindestlohn noch immer zu niedrig. Stimmt Ihre Partei einer von der CGFP geforderten Anhebung des Mindestlohns zu?*

**PIRATEN** Die PIRATEN fordern in einer ersten Phase, die Steuerbefreiung des Mindestlohns, um somit allen Haushalten mehr Netto vom Brutto zu ermöglichen. Im gleichen Zug wollen wir die Kaufkraft des Bruttomindestlohns um 10 % anheben. Nach diesen Maßnahmen wäre es ratsam zu analysieren, welche zusätzliche Erhöhungen oder Entlastungen notwendig sind.

**gréng** déi gréng möchten den Mindestlohn erhöhen und regelmäßig an die Entwicklung der Kaufkraft anpassen. Allerdings ist dies nicht das einzige Element, mit dem wir das Armutsrisiko der Mindestlohnbezieher spürbar mindern wollen. Zusätzlich wollen wir einerseits gezielte Maßnahmen für Alleinerziehende erstellen, welche dem Risiko besonders stark ausgesetzt sind, und andererseits eine deutliche Reduktion des Kostenfaktors „Wohnen“ erreichen. In diesem Sinne werden déi gréng, falls wir wieder Regierungsverantwortung übernehmen dürfen, mit dem Staat und den Gemeinden möglichst schnell einen großen, öffentlichen Mietwohnungspark aufbauen und deutlich mehr verbilligte Wohnungen zur Miete und zum Kauf (per „bail emphytéotique“) anbieten.



**LSAP** Ja. Die LSAP wird den sozialen Mindestlohn ab dem 1. Januar 2019 um 100 Euro netto anheben.

**CSV** Die CSV setzt sich für eine Erhöhung des Mindestlohnes ein, vor allem im Nettobereich. Wir treten für eine regelmäßige Anpassung des Mindestlohnes an die allgemeine Lohnentwicklung ein. Die Mindestlohnpolitik muss sich den ökonomischen Gegebenheiten sowie der Realität der Lebenshaltungskosten anpassen.

Eine solche Anpassung ist auch wichtig, damit die Schere zwischen REVIS und Mindestlohn bestehen bleibt und Arbeit sich weiter lohnt.

Wir streben des Weiteren eine zusätzliche Entlastung der niedrigen Löhne im Bereich der Personenbesteuerung an. Dies soll über den Weg eines degressiven Steuerkredits für Mindestlohnbezieher sowie auch über eine Erhöhung des Grundfreibetrages geschehen.

**KPL** Die KPL stimmt der CGFP zu und fordert eine Erhöhung des Mindestlohnes um 20 Prozent, was weitgehend dem Nachholbedarf entspricht, den die „Chambre des Salariés“ errechnet hat.

**DP** Ein zu niedriger Mindestlohn im Vergleich zum REVIS hätte zur Folge, dass der Einstieg ins Berufsleben an Attraktivität einbüßen würde.

Dies ist nicht im Sinne der DP, die niedrige Einkommensklassen stärken will, ohne dabei die wirtschaftlichen Auswirkungen sozialer Leistungen außer Acht zu lassen. Durch das „Revenu d'inclusion sociale“ (REVIS) werden verwaltungstechnische Hürden überwunden und der Wiedereinstieg ins aktive Berufsleben unterstützt. Diese Reform stärkt vor allem die Menschen, die durch ihre familiäre oder finanzielle Situation am meisten von der Armut gefährdet sind. Die DP steht zu der vorgesehenen gesetzlichen Anpassung des Mindestlohns. Darüber hinaus sollten die Auswirkungen jeder Mindestlohnenerhöhung auf die Wirtschaft und auf die Arbeitslosenquote überprüft werden. Die DP wird auch in Zukunft verstärkt auf Leistungen zugunsten der Niedrigverdiener setzen, die nicht zu Lasten der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe, insbesondere der kleinen und mittleren Betriebe gehen, wie beispielsweise die Mietsubvention oder die kostenlose Kinderbetreuung.

**adr:** D'ADR wäert, am Dialog mat de Gewerkschaften an dem Patronat, de Mindestloun erhéijen a gläichzäitig steuerlech Moosnamen fir déi kleng Léin (iwweir de Wee vum „crédit d'impôt“) huelen, esou datt den neien Netto-Mindestloun iwweir der Aarmutsgrenz läit. Dës Mesuren mussen och reegelméisseg iwweirpréift ginn, fir datt den Ofstand tëschent Netto-Mindestloun an Aarmutsgrenz bestoe bleift.

**déi Lénk** Wir wollen niedrige Löhne progressiv und substanzial aufwerten. Den Mindestlohn wollen wir direkt auf 2250 Euro erhöhen und nach zwei Jahren auf 2380 Euro anheben (60 % des Medianlohnes, was eine Forderung des Europäischen Gewerkschaftsbundes ist), getreu nach unserem Wahlspruch „Gudd Aarbecht. Anstänneg Léin.“

## Frage 3:

*Die CGFP sieht den altbewährten Indexmechanismus als Garant des sozialen Friedens. Steht Ihre Partei zu der jetzigen Form dieses Instrumentes, das zur Absicherung der Kaufkraft der Arbeitnehmer beiträgt?*

**PIRATEN** Die PIRATEN fordern einen sozial gerechten Indexmechanismus, der beim Fünffachen des Mindestlohnes gedeckelt wäre. Wir planen keine weiteren Änderungen am Indexmechanismus.

**gréng** Ja. Wir werden am Indexsystem und an der periodischen Anpassung der Löhne an die Inflation als wichtiger Kernaspekt des Luxemburger Modells festhalten und stehen auch der Indexierung der Familienzulagen und anderer Sozialleistungen positiv gegenüber.

**LSAP** Ja.

**CSV** Die Indexierung der Löhne und der Altersbezüge bleibt ein fester Bestandteil unserer Politik.

**KPL** Die KPL hält am bestehenden Indexmechanismus fest und setzt sich für die Wiedereinführung einer Vorschuss-Indextranche in Höhe von 1,5 Prozent ein.

**DP** Die DP wird am aktuellen Indexsystem festhalten. Um sicherzustellen, dass die Gehälter regelmäßig an die Inflation angepasst werden, sorgt das luxemburgische Indexsystem für einen automatischen Ausgleich der Teuerungsrate.

**adr:** D'ADR huet den Index ëmmer a konsequent verdeedegt a sech och ëmmer nees géint Indexmanipulationen ausgeschwat. Un dëser Politik ännert si näischt.

**déi Lénk** Die CGFP hat, zusammen mit dem OGBl, Entscheidungen dafür geleistet, dass den Juncker-Sirenen zwischen 2009 und 2013, die uns u.a. die Deckelung des Index vorgegaukelt hatten, eine gehörige Abfuhr erteilt wurde. Nur zusammen haben die Arbeitnehmer die Kraft, dieses wichtige Instrument der Lohnanpassung (für viele Menschen – gerade jene mit kleinen Gehältern – der einzige Lichtblick) beizubehalten und auszubauen.

#### Frage 4:

*Die bevorstehende Einführung der Zeitsparkonten im öffentlichen Dienst ist ein Meilenstein im Dienstrecht, der sicherlich eine Signalwirkung für die Privatwirtschaft hat. Verpflichtet sich Ihre Partei dazu, dieses ehrgeizige Vorhaben integral zu unterstützen?*

**PIRATEN** Ja.

**gréng** Ja, wir haben dem Gesetz Mitte Juli zugestimmt.

**LSAP** Ja.

**CSV** Maßnahmen, wie jene, die wir mitgetragen haben, entsprechen dem Zeitgeist und tragen gleichzeitig den Bedürfnissen eines modernen öffentlichen Dienstes Rechnung, der sich auf motivierte und zeitweise sehr belastbare Mitarbeiter verlassen kann. Wir werden den entsprechenden Gesetzestext umsetzen.

Wir sind der Meinung, dass eine solche Maßnahme auch im Privatsektor angebracht wäre.

**KPL** Die KPL unterstützt die Einführung der Zeitsparkonten im öffentlichen Dienst, die am 1. Oktober 2018 rechtskräftig wird, richtet ihr Augenmerk im Privatsektor aber in erster Linie darauf, dass die langen Referenzperioden rückgängig gemacht, die Überstunden als Überstunden bezahlt werden sowie die 35-Stunden-Woche ohne Lohnverlust durchgesetzt und das Rentenalter auf 60 Jahre gesenkt wird.

**DP** Die rezente Einführung der Zeitsparkonten hat die Vorreiterrolle des öffentlichen Dienstes gestärkt. Nach der Einführung des Zeitsparkontos für Staatsbeamte und einer Testphase in Teilen der Privatwirtschaft, wird die DP dieses Instrument für jeden Arbeitnehmer per Gesetz zugänglich machen. Die Arbeitnehmer sollen Überstunden und Resturlaub auf ein persönliches Arbeitszeitkonto übertragen können. Die in arbeitsintensiven Zeiten angesparten Stunden können beispielsweise für Familienzeit, eine längere Urlaubsreise, eine Sabbatzeit oder eine Weiterbildung genutzt werden. Die genauen Modalitäten der Arbeitszeitkonten sollen mit den Sozialpartnern diskutiert werden, ganz im Sinne einer ausgewogenen Entscheidung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Im Zusammenspiel mit der von der DP geplanten Flexibilisierung der Arbeitszeiten wird die Einführung von Arbeitszeitkonten dem Arbeitnehmer erheblich mehr Freiheit bei der Arbeits- und Freizeitgestaltung verschaffen.



**adr:** D'ADR huet och dëse Projet an der Chamber matgestëmmt a setzt en also och ëm.

**déi Lénk** Auf jeden Fall. Wir fordern übrigens in unserem Wahlprogramm, das System der Zeitsparkonten auf den Privatsektor auszudehnen.

#### Frage 5:

*Die CGFP fordert eine Stärkung des gesetzlichen Pensionssystems. Nachdem eine Gesetzesänderung vollzogen wurde, ist Ihre Partei gewillt, die Einführung einer Zusatzpension (zweiter Pfeiler) im öffentlichen Dienst in die Wege zu leiten und mit der CGFP die entsprechenden Bedingungen auszuhandeln?*

**PIRATEN** Ja, Zusatzpensionen sind für die PIRATEN ein unabdingbares Element einer vorausschauenden Absicherung für die Zukunft.

**gréng** Ja.

**LSAP** Die Absicherung des ersten Pfeilers mit guten und sicheren Pensionen für die öffentlich Bediensteten stellt für die LSAP die oberste Priorität dar. Die Notwendigkeit zum Aufbau eines zweiten Pfeilers sehen wir derzeit nicht.

**CSV** Wir sind in dieser Frage gesprächsbereit.

**KPL** Die KPL ist bereit, mit der CGFP über entsprechende Bedingungen betreffend die Einführung einer Zusatzpension im öffentlichen Dienst zu verhandeln.

**DP** Die Altersabsicherung fußt in Luxemburg auf drei Säulen: die gesetzliche Rentenversicherung, die betriebliche und die private Altersvorsorge. Die DP wird dafür sorgen, dass die gesetzliche Rentenversicherung die tragende Säule der Altersvorsorge bleibt. Um die Abhängigkeit vom generationsübergreifenden System zu verringern, müssen die zweite und die dritte Säule künftig stärker in Anspruch genommen werden. Die DP wird daher die zweite und die dritte Säule weiter fördern und gegebenenfalls stärkere Anreize dafür schaffen.

**adr:** Am Beräich vun den Zousazpensionen ass den Ënnerscheid mam private Secteur deen, datt et am öffentliche Secteur kee „plafond cotisable“ gëtt. All Ännerung an deem Beräich muss dësen Ëmstand berécksiichtegen, fir Ongerechtegkeeten ze verhënneren. D'Prioritéit vun der ADR ass déi laangfristeg Ofsécherung vum Pensionsystem an net de System duerch eventuell zousätzlech Belaaschtungen nach méi wuesstëmsofhängeg ze maachen.

**déi Lénk** Wir sind nicht dafür, sondern wir wollen die Beitragsgrenze vom Fünffachen des Mindestlohns aufheben, um Verbesserungen im öffentlichen Rentensystem finanzieren zu können.

#### Frage 6:

*Schon immer hat sich die CGFP gegen jegliche Privatisierungen der öffentlichen Dienstleistungen konsequent gewehrt, weil derartige Bestrebungen stets zu Qualitätsverlust und zu Preissteigerungen geführt haben. Stimmt Ihre Partei der CGFP zu, dass die öffentliche Hand als moderner Dienstleister gestärkt werden muss?*

**PIRATEN** Ja. Die PIRATEN fordern vor allem auch, dass öffentliche Netze in öffentliche Hand gehören und staatliche Dienstleistungen nicht privatisiert werden.

**gréng** Ja. déi gréng stehen für einen starken Staat mit leistungsstarken Verwaltungen und Betrieben sowie für gute Arbeits- und Lohnbedingungen im Interesse aller Beschäftigten. déi gréng setzen sich deshalb auch für die Stärkung und für den Ausbau von hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen ein, die dem Allgemeinwohl verpflichtet sind.

**LSAP** Ja. Die öffentlichen Unternehmen spielen für die Bürger ebenso wie für den Wirtschaftsstandort Luxemburg eine bedeutende Rolle. Mit ihren modernen Infrastrukturen und breit gefächerten Dienstleistungen tragen sie wesentlich zur Lebensqualität und zur Wettbewerbsfähigkeit Luxemburgs bei, sei es im Bereich der Mobilität, der Energie- und Wasserversorgung, des Post- und Telekommunikationswesens oder im sozialen Bereich. Sie beschäftigen Zehntausende von Menschen und bieten gute Löhne und Arbeitsbedingungen. Die LSAP wird dafür sorgen, dass die wichtigen Versorgungsinfrastrukturen weiter in öffentlicher Hand bleiben, Dienstleistungen flächendeckend angeboten werden und gute Löhne und Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten gewährleistet sind. Der öffentliche Dienst steht in den kommenden Jahren auf allen Ebenen vor großen Herausforderungen. Der demografische Wandel, die digitale Transformation und der zunehmende Fachkräftemangel sind Entwicklungen, die einer Lösung bedürfen. Die LSAP wird eine konsequente

**MON PATRIMOINE**  
**GÉRÉ PAR MA BANQUE PRIVÉE**  
**À LUXEMBOURG**

- ☑ MON PROJET IMMOBILIER À BRUXELLES
- ☑ LE MBA DE MA FILLE À LONDRES
- ☑ MA RÉSIDENCE SECONDAIRE À CANNES
- ☑ LA START-UP DE MON FILS À MUNICH
- ☑ MON VOILIER À MONACO



Réseau européen. Siège luxembourgeois.  **KBL** EUROPEAN PRIVATE BANKERS

Viandes fraîches  
 Gibier - Volaille  
 Charcuteries  
 Salaisons

**A**  **WIETOR**

VIANDES EN GROS

*www.wietor.lu*



19A, rue de Haller  
 L-6312 Beaufort  
 Tél : 83 64 85-1  
 Fax : 86 90 87



e-mail : [wietor@internet.lu](mailto:wietor@internet.lu)



SALUMERIA

**TASTO**

— SPÉCIALISTE —  
 DES PRODUITS FRAIS

Le meilleur de l'Italie  
 livré chez vous  
 en quelques clics

[WWW.TASTO.EU](http://WWW.TASTO.EU)

Einstellungspolitik betreiben, die mit der Entwicklung des Landes Schritt halten muss.

**CSV** Wir brauchen eine moderne, gut aufgestellte Verwaltung im Dienst der Bürger und der Wirtschaft. Wir werden stets Sorge dafür tragen, dass der öffentliche Dienst so aufgestellt ist, dass er auch seinen Aufgaben und Missionen gerecht wird.

**KPL** Die KPL lehnt die Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungen kategorisch ab und drängt darauf, dass bereits erfolgte Privatisierungen rückgängig gemacht werden.

**DP** Die DP ist der Meinung, dass öffentliche Dienstleistungen nicht privatisiert werden sollen und die öffentliche Hand als Dienstleister gestärkt werden muss. Die DP wird die Modernisierung und die Digitalisierung des Staates weiter vorantreiben. Dabei sind für die DP der Dialog mit dem Bürger, die Transparenz und die Effizienz wichtige Grundpfeiler eines modernen Staates. Ziel der DP ist es, dass Luxemburg über die modernste, bürgerfreundlichste und am meisten digitalisierte Verwaltung in Europa verfügt.

Die DP ist zudem der Ansicht, dass die öffentliche Hand als Arbeitgeber auch eine Verantwortung bei der Berufsausbildung von jungen Menschen trägt. Die DP wird deshalb sicherstellen, dass im öffentlichen Dienst die Anzahl der Ausbildungsplätze dem tatsächlichen Bedarf an Fachkräften entspricht.

**adr:** D'ADR deelt déi Aschätzung vun der CGFP, dass eng Privatisierung net gläichbedeutend mat enger Verbesserung vun der Qualität vum enger Dénsgschleeschtung ass. D'ADR ass der Iddi vu qualitativ héichwäertegen, öffentlechen Dénsgschleeschtungen géint-iwwer also ganz positiv agestallt. D'ADR seet awer och, dass de Staat an deene Beräicher, wou e méi lues a manner effizient wéi de private Secteur ass, der Privatinitiativ soll de Virtrétt loossen, quitte datt et um Staat ass, fir d'Privatinitiativ regulatoresch an administrativ ze begleeden an ze ënnerstëtzen.

**déi Lénk** Auf jeden Fall. Dies ist auch eine Frage der Demokratie und der öffentlichen Kontrolle über die Dienstleistungen.

### Frage 7:

**Bekannt sich Ihre Partei zum partikularen Statut der öffentlich Bediensteten?**

**PIRATEN** Ja.

**gröng** Ja.

**LSAP** Ja. Die LSAP wird auch in Zukunft auf die Stärkung des öffentlichen Dienstes, eine gut ausgebildete Belegschaft und ein kohärentes Personalentwicklungskonzept setzen. Sie wird das Prinzip der drei Verwaltungssprachen verteidigen. Wer im öffentlichen Dienst arbeiten will, sollte die drei Amtssprachen beherrschen. Mögliche Ausnahmen dürfen nicht zur Regel werden. Sogenannte Hoheitsaufgaben dürfen auch künftig nur von Bürgern mit Luxemburger Nationalität wahrgenommen werden.

**CSV** Wir bekennen uns zum partikularen Statut der öffentlich Bediensteten.

**KPL** Die KPL bekennt sich zum partikularen Statut der öffentlich Bediensteten.

**DP** Die DP bekennt sich zum partikularen Statut der öffentlich Bediensteten, weil eine moderne und effiziente öffentliche Verwaltung der kurzen Wege ein wesentlicher Bestandteil des Erfolgsmodells „Luxemburg“ ist und zur Wettbewerbsfähigkeit und zur Attraktivität unseres Landes beiträgt.

**adr:** Jo.

**déi Lénk** Ja, es soll verbessert und ausgebaut werden.

## Steuerpolitik

Die zum 1. Januar 2017 in großen Teilen in Kraft getretene Steuerreform\* blieb teilweise hinter den Erwartungen zurück. Im Sinne einer größeren Steuergerechtigkeit fordert die CGFP Nachbesserungen, um insbesondere die Privathaushalte weiter zu entlasten.

Welchen Standpunkt vertritt Ihre Partei in Bezug auf folgende Forderungen der CGFP\*:

### Frage 1:

**eine vollständige Anpassung der Steuertabelle an die Inflation?**

**PIRATEN** Die PIRATEN fordern die Steuertabelle sowohl an die Inflation (Index) anzupassen, als auch die Freibeträge nach oben zu revidieren, um kleinere und mittlere Einkommen zu entlasten.

**gröng** Ja.

**LSAP** Nein, eine regelmäßige und vollständige Anpassung der Steuertabelle an die Inflation würde den Spielraum für gezielte Steuererleichterungen erheblich einschränken. Wir bevorzugen daher ein System, bei dem der finanzielle Spielraum, der durch die Inflation und der damit einhergehenden „kalten Progression“ entsteht, genutzt wird, um gezielte Maßnahmen umzusetzen, um so die gewünschten Umverteilungs- und Lenkungseffekte zu erzielen.

**CSV** Wir treten ebenfalls für eine regelmäßige Anpassung der Steuertabelle an die Inflation an.

**KPL** Die KPL setzt sich für eine vollständige Anpassung der Steuertabelle an die Inflation ein.

**DP** Die zum 1. Januar 2017 in Kraft getretene Steuerreform kommt vor allem Haushalten mit kleinen und mittleren Einkommen zugute. Die Abschaffung der vorübergehenden Abgabe zum Haushaltsausgleich (IEBT), die Einführung sozial selektiver Steuerkredite sowie die neu gestaffelte Steuertabelle stärken die Kaufkraft der Privatpersonen.

Die steuerpolitische Entlastung der Mittelschichten bleibt auch in der nächsten Legislaturperiode ein zentrales Anliegen der DP. Wir wollen die Bürger am Erfolg unseres Landes teilhaben lassen sowie die Mittel-



schichten und die Familien durch eine weitere Einkommensteuerreform zusätzlich entlasten. Die verantwortungsvolle Haushaltspolitik der aktuellen Regierung bietet dafür den notwendigen budgetären Spielraum.

**adr:** D'ADR huet sech ëmmer géint déi Praxis ausgeschwat, déi doranner besteet, d'Steiertabell net un d'Inflatioun unzupassen. Déi sougenannte „kal Progressioun“ ass nâischt anescht wéi eng verstoppten Steiererhéijung. D'ADR wëll d'Steiertabell zäitno un d'Inflatioun upassen.

**déi Lénk** Das ist auch unsere Forderung.

### Frage 2:

**\*höhere Freibeträge ohne Altersbegrenzung für all jene Personen, die sich ein Eigenheim anschaffen wollen?**

**PIRATEN** Wir glauben nicht, dass Steuerfreibeträge allein zu einem einfacheren Zugang zu einem Eigenheim führen, sind aber bereit, im Zuge einer Steuerreform über Anhebungen von Freibeträgen zu diskutieren. Unsere Lösung sähe eher vor, dass jeder den Wert seines Eigenheims linear abschreiben könnte, anstatt nur die Zinsbelastungen bei Krediten absetzbar zu machen.

\* Lesen Sie dazu eine Anmerkung der LSAP am Ende des Themenblocks

 Ja.

 Grundsätzlich sollten alle Steuerfreibeträge ebenso wie alle Wohnungsbeihilfen auf den Prüfstand gestellt und gegebenenfalls angepasst werden. Dies gilt sowohl für die Höhe der Beträge als auch für die zu erfüllenden Zugangsbedingungen.

 Diese Frage wurde nicht in unserem Wahlprogramm thematisiert.

 Die KPL befürwortet höhere Freibeträge ohne Altersbegrenzung für alle, die sich ein Eigenheim anschaffen wollen.

 Die Steuerreform 2017 entlastet ganz gezielt die Bürger beim Erwerb eines Eigenheims, sei es durch höhere steuerliche Absetzmöglichkeiten beim Bausparvertrag oder bei den Schuldzinsen auf das Eigenheim. Bis zur Vollendung des 40. Lebensjahres wurden die Freibeträge des Bausparvertrags sogar von 672 € auf 1.344 € verdoppelt. Dies zielt darauf ab, gerade junge Familien beim Erwerb ihres ersten Eigenheims zu unterstützen. Wir werden eine weitere Erhöhung der Freibeträge ohne Altersbegrenzung in Anbetracht der finanziellen Spielräume und der Nützlichkeit einer solchen Erhöhung evaluieren.

 D'ADR war géint déi Altersbegrenzung, déi déi aktuell Regierung agefuert huet, well dat an hiren An eng ongerechtfaerdigt Diskriminierung opgrond vum Alter duerstellt. D'ADR schaaft déi Altersgrenzen also of.

 Wir bevorzugen den Weg über direkte Hilfen. Nicht alle Haushalte zahlen Steuern.

### Frage 3:

*\*eine vollständige Besteuerung (100 %) der so genannten „Stock-Options“?*

 „Stock-Options“ gehören wie Einkommen besteuert. Die PIRATEN kämpfen gegen Steuerschlupflöcher jeglicher Art, die nur einem Bruchteil der Steuerzahler zugutekommen.

 Ja.

 Wir setzen uns für die ersatzlose Streichung der „Stock-Options“-Regelung nach einer Übergangszeit ein.

 Die aktuelle Besteuerung der „Stock Options“, die auf Rundschreiben beruht, wollen wir abschaffen. Wir streben eine steuerliche Begünstigung für langfristige Beteiligungen an eigenen Unternehmen an, vor allem im Bereich der Start-Up-Unternehmen. Wir wollen eine gesetzliche Regelung.

 Die KPL befürwortet eine vollständige Besteuerung (100%) der sogenannten „Stock-Options“.

 Die Steuervergünstigungen in Form von sogenannten „Stock-Options“ wurden 2002 von CSV-Finanzminister Luc Frieden per Rundschreiben eingeführt und sollten damals vor allem junge Talente für innovative Start-up-Unternehmen anziehen. Seit der Einführung dieses Steuerregimes lag der effektive Steuersatz jahrelang bei lediglich 12,5 %. Der jährliche fiskalische Verlust betrug im Steuerjahr 2016 rund 112 Millionen Euro und 135 Millionen Euro im darauffolgenden Jahr. Auf Betreiben von DP-Finanzminister Pierre Gramegna wurde dieser effektive Steuersatz Anfang 2018 auf 21 % erhöht, was dem „demi-taux global“ entspricht. Zudem wird die DP das Steuerregime der „Stock-Options“ in Zukunft auf die Aktien des Wirtschaftssektors begrenzen, in dem der Steuerpflichtige tatsächlich arbeitet.

 De Prinzip vun enger spezieller Besteuerung vu „Stock-Options“ kann eng Plus-value fir d'Lëtzebuurger Economie duerstellen. D'Modalitéite mussen awer iwwerschaaft ginn, dëst fir Abusen ze verhënneren a Revenuen, déi net a Relatioun mat der Grënnung vun enger Gesellschaft („Start-up“) stinn, mussen integral besteiert ginn.

 Wir wollen die Steuervorteile der „Stock-Options“ aufheben, die verfassungswidrig durch ein einfaches Rundschreiben der Steuerverwaltung eingeführt wurden und Steuerverluste von 100 bis 300 Millionen mit sich bringen.



### Frage 4:

*Zieht Ihre Partei in Erwägung, Maßnahmen gegen Steuervermeidung im Bereich der Betriebsbesteuerung zu ergreifen, um damit das Gleichgewicht der Steuerlast zwischen den Unternehmen und den natürlichen Personen weitgehend wiederherzustellen?*

 Ein konkreter Vorschlag, um die Betriebsbesteuerung gerechter zu gestalten, wäre die „Taxe d'abonnement“ anzuhängen, um somit unsere Steuerentlastungen für Privathaushalte gegenzufinanzieren.

 Ja. Unser Steuersystem muss insgesamt transparenter und gerechter werden, da sonst die Akzeptanz durch die Bürger\*innen verloren geht. déi grëng werden sich national und international dafür einsetzen, die Steuervermeidungspraxis international agierender Betriebe zu unterbinden, denn diese geht zu Lasten der Steuerzahler\*innen, der Funktionsfähigkeit des Staates und der regional aufgestellten kleinen und mittelgroßen Unternehmen, die hierdurch einem unlauteren Wettbewerb ausgesetzt sind.

Durch legale und illegale Steuertricks entgehen den EU-Staaten laut Schätzungen jedes Jahr etwa tausend Milliarden Euro. Das entspricht nach heutigem Stand in etwa dem Staatshaushalt Luxemburgs der nächsten 40 Jahre. Im Kampf gegen die Steuerflucht ist Europa die wichtigste politische Ebene. In den vergangenen Jahren ist die EU zwar vorangekommen, aber wir brauchen eine besser koordinierte europäische Steuerpolitik und Lösungen, an denen sich alle Mitgliedstaaten beteiligen. Luxemburg hat zwar diesbezüglich in den vergangenen Jahren wichtige Schritte unternommen, muss aber in Zukunft noch mehr Verantwortung übernehmen.

Wir werden die Körperschaftssteuer nicht weiter absenken, uns jedoch gezielten steuerlichen Anreizen nicht widersetzen, wenn diese helfen, einzelne bestehende Wirtschaftszweige zu stützen oder neue, innovative Sektoren zu schaffen.

 Ja, die LSAP wird sich dafür einsetzen, dass auch Großkonzerne künftig ihren fälligen Beitrag zum nationalen Steueraufkommen leisten. Die LSAP wird sich in diesem Sinne für eine Neujustierung der Steuerpolitik einsetzen und der ungleichen Besteuerung von Arbeit und Kapital entgegenwirken. In diesem Sinne sprechen wir uns klar gegen eine weitere Absenkung des Unternehmenssteuersatzes und für einen EU-weiten Mindeststeuersatz für Unternehmen aus. Des Weiteren befürwortet die LSAP eine globale Finanztransaktionssteuer und sie setzt sich dafür ein, dass die EU als „Global Player“ hier eine Vorreiterrolle einnimmt.

 Unsere Steuerpolitik wird sich an folgenden Richtlinien orientieren:

- sie muss den finanzpolitischen Rahmen respektieren;
- sie muss gerecht sein;
- sie muss die Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft stärken und auch als Steuerungsinstrument dienen.

Das Land braucht ein für Unternehmen günstiges, steuerliches Umfeld. Unternehmen brauchen u.a. Entwicklungsperspektiven, um erfolgreich wachsen zu können und Arbeitsplätze zu schaffen. Wir wollen das Regelwerk der Besteuerung modernisieren und durch eine langjährige Steuerstrategie eine Senkung des sogenannten „Taux d'affichage“ erreichen.

Aber auch im Bereich der Privatpersonen streben wir steuerliche Anpassungen an, vor allem eine zusätzliche Entlastung der niedrigen Löhne, z.B. über den Weg eines degressiven Steuerkredits für Mindestlohnempfänger oder einer Erhöhung des Grundfreibetrages. Wir werden die Steuerklasse 1A einer Prüfung unterziehen. Wir streben dabei eine Ausweitung der Übergangszeit von bisher drei auf fünf Jahre an. Auch soll es eine Tarifangleichung der Klasse 1A in Richtung Steuerklasse 2 geben. Wir werden aber die Steuerklasse 1A nicht ganz abschaffen.

Die CSV wird die letzte Steuerreform einer Kostenanalyse unterziehen. Besteht finanzieller Spielraum, werden wir den Mittelstandsbuckel durch eine Anpassung des Steuerkredits weiter abflachen.

Zwischen den Verwaltungen, dem Finanzministerium und den Unternehmen soll ein transparenter Dialog wiederhergestellt werden. Die sogenannten „Steuerrulings“ sollen auf ein Minimum beschränkt und keinesfalls zur Regel werden. Die Steuerverwaltung soll fair, effizient und offen im Umgang mit den Unternehmen sein. In diesem Kontext soll ein „Code de bonne conduite“ ausgearbeitet werden.

 Die Steuerreform 2017 entlastet die Bürger und die Unternehmen um jährlich rund 500 Millionen Euro. Davon kommen rund zwei Drittel den Privatpersonen zugute. Lediglich ein Drittel der Entlastung betrifft die Unternehmen. Was die Besteuerung der Unternehmen angeht, so wird sich die DP weiterhin dafür einsetzen, dass der Wirtschaftsstandort Luxemburg steuerlich attraktiv bleibt. Dies ermöglicht den Unternehmen das Schaffen von Arbeitsplätzen und weitere Innovationen. Ein „race-to-the-bottom“ werden wir nicht unterstützen. Da aber die Steuerberechnungsbasis für Unternehmen im Zuge internationaler Regelungen erweitert wird, wird die DP dementsprechend den Unternehmenssteuersatz sowie die Besteuerung von Dividendenerträgen nach unten anpassen. Die DP wird den globalen Steuersatz von derzeit 26,01 % an die Durchschnittsätze in Europa und in den OECD-Ländern heranzuführen.

 Die KPL setzt sich für eine deutlich höhere Besteuerung der Banken, Fonds und Großbetriebe ein und ist bereit, alle bisherigen Steuervermeidungsmaßnahmen im Bereich der Betriebsbesteuerung restlos abzuschaffen.

**adr:** D'ADR hält et fir néideg nees méi e grousst Gläichgewicht tëschent Lounsteueropkommes a Betrëbssteueropkommes bei de Recette vum Staat ze erreechen.

**déi Lénk:** Wir wollen die Unternehmen durch eine Erhöhung der Steuersätze und durch eine Erweiterung der Bemessungsgrundlage stärker besteuern. Derzeit ist die reelle Besteuerung der Unternehmen in Luxemburg die niedrigste in Europa, was den Staat um wichtige Einnahmen bringt und das Steuerdumping in Europa weiter antreibt. Auf europäischer Ebene fordern wir die Einführung einer fortschrittlichen, gemeinsamen Bemessungsgrundlage für die Körperschaftsteuer sowie gemeinsame Mindeststeuersätze für Unternehmen und die Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer. Alles gemäß unserem Wahlslogan: „Gerecht Steieren. Gemeinsame Wuelstand“.

**LSAP:** \* Anmerkung: Wir teilen die Einschätzung nicht, dass die Steuerreform „hinter den Erwartungen zurückgeblieben“ sei. Die Steuerreform sollte ursprünglich budgetneutral ausfallen, tatsächlich hat die Steuerreform von 2017 jedoch eine Entlastung von ca. 500 Millionen Euro pro Jahr gebracht, davon 75-80 % zugunsten der privaten Haushalte.

## Wohnungsbau

Seit Jahrzehnten wird in Luxemburg vergeblich versucht, die Schieflage im Bereich des Wohnungsbaus zu begradigen. Die Lage wird zunehmend prekärer: Der Wohnraum wird knapper und teurer.

### Frage 1:

Ist Ihre Partei der Ansicht, dass die öffentliche Hand eingreifen sollte, um Obergrenzen bei den Baulandpreisen festzulegen?



Nein.

**gréng:** Die öffentliche Hand muss eingreifen, allerdings ist der Versuch einer Preisbegrenzung des Baulandes in einem freien, aber verzerrten Markt der falsche Weg, da er in der Praxis scheitern wird. Wir sind hingegen der Meinung, dass nur die öffentliche Hand, d.h. Staat und Gemeinden, die Aufgabe erfüllen können, erschwinglichen Wohnraum zu schaffen. In Luxemburg wurde zu lange nur auf den privaten Markt gesetzt, um die Wohnungsnot zu beheben. Die öffentliche Hand hat seit den 80er Jahren erstens viel zu wenig Wohnungen gebaut und zweitens diese oft verkauft. Deshalb gibt es heute in Luxemburg weniger als 5 % öffentlichen Wohnraum, gegenüber fast 20 % in Frankreich und mehr als 30 % in den Niederlanden. Wir schlagen deshalb in unserem Wahlprogramm eine Neuausrichtung der Wohnungsbaupolitik vor, damit der Staat und die Gemeinden massiv öffentlichen Wohnraum schaffen können, der prinzipiell allen interessierten Menschen zugänglich sein soll. Die Miete hängt vorrangig von der Höhe des Einkommens ab. Die Bereitstellung von öffentlichem Bauland soll nicht mehr per Verkauf, sondern über Erbpachtverträge („bails emphytéotiques“) erfolgen, um es somit der Baulandspekulation zu entziehen. Auf diese Weise können wir den Kostenpunkt „Bauland“ für dort entstehende Wohnungen neutralisieren und deutlich erschwinglicheren Wohnraum anbieten (Beispiel: 1.300 Wohnungen auf Flächen des Fonds du Kirchberg für 4.000€/m<sup>2</sup>, anstatt 8.000 - 12.000€/m<sup>2</sup> auf dem privaten Wohnungsmarkt).

**LSAP:** Die LSAP setzt sich ein für eine konsequente Bekämpfung der Baulandspekulation und -retention durch:

- die Einführung einer nationalen Spekulationssteuer auf leerstehenden Immobilien und ungenutztem Bauland;
- die Einführung einer Wertschöpfungsabgabe für neu eingestufte und als Bauland ausgewiesene Grundstücke, die dadurch an Wert zugelegt haben;
- den Rückgriff auf Grundstücksenteignungen mit entsprechenden Entschädigungen, falls ein öffentliches Bauvorhaben aus Spekulationsgründen verhindert wird;

sowie durch das Anschaffen von Bauland für die öffentliche Hand durch:

- die Schaffung eines staatlichen Wohnungsbaufonds zum Erwerb von neuem Bauland in bestehenden Bauperimetern und in angrenzenden Gebieten;
- die Stärkung des Vorkaufsrechts für Staat, Gemeinden und öffentliche Bauträger.

**CSV:** Wir glauben nicht daran, dass eine Obergrenze bei den Wohnungspreisen die Lösung ist, damit genügend bezahlbare Wohnungen auf dem Wohnungsmarkt zur Verfügung stehen.

**KPL:** Die KPL ist der Ansicht, dass die öffentliche Hand eingreifen sollte, um Obergrenzen bei den Baulandpreisen, aber auch bei den Mieten festzulegen.

**DP:** Festgelegte Obergrenzen für Baulandpreise entsprechen nicht unserer Auffassung eines freien Marktes und sind nicht kompatibel mit den Prinzipien des Eigentumsrechts und der Vertragsfreiheit.

**adr:** D'ADR ass – esou wäit wéi méiglech – géint e staatlechen Agrëff an de Maart, also och géint eng Reguléierung vu Präisser vun



Terrainen, déi am Privatbesetz sinn. Si wëll de Wuesstem esou steieren, datt den Drock op den Wunnengsmaart ofhëlt an d'Offer um Wunnengsmaart duerch méi Initiativen erhéijen. Eng Méiglechkeet, Präisser an de Grëff ze kréien, besteet doranner, Terrainen, déi an öffentlecher Hand leien (Staat, Gemengen) zu raisonnabele Präisser ze verkafen an z.B. iwwer de „portage foncier“ zur Verfügung ze stellen.

**déi Lénk:** Momentan sehen wir dies nicht vor. Dafür wollen wir aber eine Kommunalsteuer auf eine Wertsteigerung einführen, die erfolgt, nachdem nicht bebaubares Land in Bauland umklassifiziert wurde. Diese Steuereinnahmen möchten wir für öffentliche Bauvorhaben nutzen. Wir wollen massiv zu bezahlbaren Preisen öffentlich bauen. Ein Wahlslogan von uns lautet: „Gënschtg Wunnen. Öffentlech bauen“.

### Frage 2:

Gedenkt Ihre Partei, auf Landesebene eine Spekulationssteuer auf leerstehenden Wohnungen einzuführen?



Ja.



Ja. Um die Zahl der leerstehenden Wohnungen zu reduzieren, verpflichten sich déi gréng in ihrem Wahlprogramm, die Einführung von lokalen Verordnungen und Steuern durch eine Anpassung der nationalen Gesetzgebung zu unterstützen.



Ja, nicht nur auf leerstehenden Wohnungen, sondern auch auf bebauten Grundstücken, die aus Spekulationsgründen zurückgehalten werden.



Unbebaute Grundstücke und längerfristig leerstehende Wohnungen innerhalb des vorhandenen Bauperimeters, die aus Spekulationsgründen zurückgehalten werden, sollen über eine auf nationaler Ebene festgelegte Steuer wesentlich höher besteuert werden.



Die KPL setzt sich für die Einführung einer Spekulationssteuer auf leerstehenden Wohnungen ein, so wie sie das auf kommunaler Ebene bereits durch ihre Gemeinderäte in Differdingen und Esch/Alzette angeregt hat.



Die DP wird keine neuen Enteignungsinstrumente einführen, wie sie von anderen Parteien gefordert werden. Die DP wird nicht zulassen, dass das Eigentum von Bürgern, die möglicherweise Bauland für ihre Kinder oder Enkelkinder im Familienbesitz halten wollen, gegen ihren Willen enteignet wird, um Wohnraum für dritte Personen zu schaffen. Die öffentliche Hand verfügt bereits über genügend Instrumente, um Wohnraum zu schaffen. Diese Instrumente gilt es aber verstärkt zu nutzen. Die DP lehnt

zudem eine nationale Spekulationssteuer auf nicht bebauten Grundstücken und unbewohnten Immobilien ab, da diese die Wohnpreise nur zusätzlich anheizen würden. Positive Steueranreize, wie die Viertel-Satz-Besteuerung, haben ihre Wirksamkeit hingegen schon unter Beweis gestellt.

**adr:** Bei alle Problemer um Wunnengsmaart muss weiderhin d' Recht op d' Proprietéit geschützt bleiwen. Et dærf weder zu Zwangs-moosname nach zu iwwerdriwwenen Taxen kommen.

**déi Lénk** ☛ Ja, das befindet sich in unserem Wahlprogramm.

### Frage 3:

**Tritt Ihre Partei für eine Erhöhung der Grundsteuer – Hauptwohnsitz ausgeschlossen – ein, um somit Bauland zu mobilisieren?**



Ja.



Ja. déi gréng wollen die Grundsteuer reformieren. Die Reform wird sich auch nach der Nutzungsart des Bodens richten, um z.B. den Hauptwohnsitz weniger zu besteuern.



Die Grundsteuer und ihre Bemessungsgrundlage sind nicht mehr zeitgemäß. Die LSAP tritt für eine Abschaffung des Einheitswerts und für eine Neubewertung aller Immobilien ein, wobei nicht die Wohn- bzw. Nutzfläche, sondern das Grundstück als neue Bemessungsgrundlage dienen sollte. Eine eventuelle Mehrbelastung durch die Grundsteuer muss mit einer entsprechenden Entlastung der Haushalte im Rahmen einer allgemeinen Steuerreform einhergehen.



Wir wollen die Grundsteuer reformieren und den heutigen Immobilienwerten anpassen.



Eine Erhöhung der Grundsteuer – Hauptwohnsitz ausgeschlossen – geht der KPL nicht weit genug. Sie befürwortet die Einführung einer Steuer auf Bauland, das über längere Zeit aus Spekulationsgründen nicht genutzt wird. Eine solche Spekulationssteuer sollte der tatsächlichen Steigerung des Bodenwertes entsprechen.



Die DP wird zusammen mit den Gemeinden eine Reform des veralteten Grundsteuersystems umsetzen. Die DP wird einen Grundsteuerfreibetrag einführen, wenn der Eigentümer seine Wohnung oder sein Haus selbst bewohnt.

**adr:** D'ADR schaaft d'Grondsteier (impôt foncier) of an ersetzt dës duerch eng appropriéiert Steier op Bauland, dat brooch läit. Terrainen, déi fir d'Kanner „reservéiert“ sinn (1 Terrain pro Kand), gi vun dëser Steier verschont.

**déi Lénk** ☛ Ja, auch diese Maßnahme – mit Ausnahme des Hauptwohnsitzes – befindet sich in unserem Wahlprogramm.

### Frage 4:

**Welche staatlichen Beihilfen will Ihre Partei unter Umständen erhöhen bzw. neu einführen, damit der Traum der eigenen vier Wände kein ewiges Wunschdenken bleibt?**



Die PIRATEN wollen einen dritten öffentlichen Bauherrn schaffen, der Mietwohnungen baut, um diese für 10 € / m<sup>2</sup> zu vermieten, wobei bei einem späteren Kauf 25 % der gezahlten Miete als Eigenkapital angesehen würden und dem künftigen Besitzer somit einen leichteren Zugang zu Krediten ermöglichen würden.

Wir wollen des Weiteren die Gemeinden verpflichten, bei neuen PAP-Projekten die Quota an bezahlbarem Wohnraum anzuheben.

Schlussendlich fordern die PIRATEN Vereinfachungen bei den Verfahren rund um Remembrement, PAP und Baugenehmigungen sowie eine stärkere Kostentransparenz bei diesen Verfahren.



déi gréng möchten die spezifische Unterstützung für junge Leute und junge Familien weiter ausbauen, um deren Autonomie zu fördern, Familiengründungen zu erleichtern und sie nicht in die Schuldenfalle tappen zu lassen. Grundsätzlich aber wollen wir prioritär – wie oben bereits erwähnt – einen großen, staatlichen Wohnungspark aufbauen, der generell soziale Wohnungen sowie wesentlich mehr „bezahlbaren“ Wohnraum per Miete oder per Erbpachtvertrag anbietet. Der Zugang zu verbilligten Wohnungen für eine größere Bevölkerungsschicht dürfte die Notwendigkeit finanzieller Beihilfen dann auf lange Sicht reduzieren.



Die LSAP tritt dafür ein, alle bestehenden Maßnahmen nachzubessern, die den Zugang zum Eigenheim oder zu einer Mietwohnung erleichtern. Das gilt ebenso für die Wohnungsbauhilfen wie für die steuerlichen Vergünstigungen („Bëllegen Akt“ und superermäßigter Mehrwertsteuersatz).

Die LSAP wird diese Beihilfen aufstocken und dabei insbesondere Familien mit Kindern entlasten. Der „Bëllegen Akt“, der zurzeit einem Steuerkredit von 20.000 Euro pro Person entspricht, soll pro Kind um 10.000 Euro angehoben werden.



Beim Bau von Erstwohnungen und Renovierungsarbeiten gilt der super-reduzierte TVA-Satz von drei Prozent mit einem Höchstbetrag von 50.000 Euro. Diesen Höchstbetrag wird die LSAP um 10.000 Euro erhöhen.

Die Staatsgarantie beim Erwerb eines ersten Eigenheims sollte nachgebessert werden, um Bürgern verstärkt dabei zu helfen, ein Immobiliendarlehen bei einer Bank zu erlangen. Die LSAP spricht sich für eine Verdreifachung der Staatsbürgschaft aus.

Zudem sollten Mietkaufmodelle entwickelt werden, die es auch Geringverdienern ermöglichen, Geld über den gezahlten Mietzins anzusparen, um die Immobilie später erwerben zu können.

**CSV** Wir sind der Meinung, dass in den letzten Jahren vieles getan wurde, um die Nachfrage zu stimulieren. Dies hat sich aber als unzureichend erwiesen. Nichtsdestotrotz wollen wir den Höchstbetrag der Steuervergünstigung aufgrund der Anwendung des stark ermäßigten Mehrwertsteuersatzes von drei Prozent bei einem Hauptsitz für den Erwerb einer ersten Wohnung für junge Familien erhöhen.

Das Prinzip des Mietkaufs soll eingeführt werden. Dieses Instrument soll vor allem junge Leute und Menschen mit mittlerem Einkommen zum Eigentum verhelfen. Der Bekanntheitsgrad der staatlichen Bürgschaft für Immobiliendarlehen soll gesteigert werden.

Wir sind aber der Auffassung, dass wir uns mehr auf das Angebot fokussieren müssen, wenn wir langfristig das Wohnungsbauproblem in Luxemburg in den Griff bekommen wollen.

Neue, große und zusammenhängende Baulandflächen sollen im Rahmen des „Plan sectoriel logement“ festgelegt werden. Nach ihrer Ausweisung müssen diese Flächen kurzfristig und zu einem angemessenen Preis in Besitz genommen werden können. In diesem Zusammenhang muss der Staat auf die Enteignungsprozedur zurückgreifen können, wenn auch nur als letztes Mittel. Davon ausgenommen sind Immobilien, die für private Zwecke benutzt werden. Gleiches gilt für landwirtschaftlich genutzte Flächen.

Wir wollen konkrete Möglichkeiten bei PAG-Erweiterungen vorsehen, die es bei zukünftigen PAG-Änderungen ermöglichen, zusätzliches Bauland zu erschließen.

Der „Fonds de dotation communale“ und eine Neuauflage des „Pacte Logement“ (2.0) sollen die Gemeinden bei der Schaffung von sozialen und bezahlbaren Mietwohnungen stärker unterstützen. Die staatliche Förderung beim Bau sozialer Mietwohnungen soll in den nächsten Jahren erhöht werden. Die „gestion locative sociale“ soll in Zukunft gefördert und mit zusätzlichen Mitteln ausgestattet werden.

Eine neue, privatrechtliche Gesellschaft soll den Gemeinden helfen, sie beraten, begleiten und unterstützen.

Sämtliche Prozeduren sollen analysiert und das Naturschutzgesetz dementsprechend überarbeitet werden.



Die KPL befürwortet die Schaffung von öffentlichen Baulandreserven, die dazu dienen sollen, Familien den Bau von Eigenheimen mit Erbpacht zu ermöglichen, was ihren Geldbeutel erheblich schonen würde. Die KPL fordert auch eine Erhöhung der staatlichen Beihilfen beim Bau und beim Kauf von Eigentumswohnungen, welche 100 Quadratmeter Wohnfläche nicht überschreiten.



Die DP wird die staatlichen Wohnungsbeihilfen der aktuellen Lage auf dem Immobilienmarkt und der Inflation anpassen. Sowohl die Höhe der Beihilfen als auch die Gehaltsobergrenzen für Anwärter werden nach oben angepasst. Die Bearbeitungszeit der Anfragen konnte bereits deutlich verkürzt werden. Die DP wird die Modernisierung und die Digitalisierung der verantwortlichen Verwaltung vorantreiben. Die DP wird zudem den superreduzierten TVA-Satz von 3 % für die Sanierung von Wohnhäusern und Gebäuden ab einem Alter von 10 Jahren anwenden, anstatt wie bisher ab 20 Jahren.

**adr:** Fir d'ADR läit de Problem vun de Subventionen bei dem Kritäre vum Plafong vun de Revenuen an der Méiglechkeet, e Prêt ze kriéien. D'ADR wäert dowéinst d'Kritären aus dem Gesetz fir

Wunnengshëllef ganz kloer no uewe revidéieren. De Plafong vun de Revenuen fir an de Genoss vun der Wunnengshëllef ze kommen, gëtt erhéicht an un de Mindestloun gekoppelt. Dëst wär z.B. 6 x de Mindestloun fir eng jonk Koppel. De Staat iwwehëit fir dës Stéit d'Biergschaft bei der Bank, esou datt dës Leit e Prêt vun 100 % vum Präis vun der Wunneng oder dem Haus kënnen kréien.

**déi Lénk** ➔ Neu einführen möchten wir z.B. Finanzierungshilfen für energetische Renovierungen, die Heizkosten sparen helfen und zudem umweltfreundlich sind.



### Frage 5:

*Die CGFP ist der Auffassung, dass auch künftig keine Erbschaftsteuer erhoben werden darf, wenn etwas in direkter Linie vererbt wird. Ist Ihre Partei der gleichen Meinung?*



Ja, die PIRATEN treten gegen eine Erbschaftsteuer ein.



Wir erwägen keine Änderung in Bezug auf die Erbschaftsteuer.



Ja.



Eine Erbschaftsteuer in erster Linie ist für die CSV kein Thema.



Die KPL befürwortet die Einführung einer Vermögens- und einer Erbschaftsteuer für die Reichen. Für die einfachen Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst und im Privatsektor lehnt sie eine Erbschaftsteuer ab, wenn etwas in direkter Linie vererbt wird.



Die DP lehnt eine Erbschaftsteuer in direkter Linie strikt ab. Im Übrigen hat sich die Erbschaftsteuer in den vergangenen Jahrzehnten kaum verändert, während die Lohnsteuersätze regelmäßig nach unten angepasst wurden. 2018 hat die DP bereits kinderlose Ehen und eingetragene Partnerschaften ohne direkte Nachkommen von der Erbschaftsteuer befreit. Die DP wird zudem die Erbschaftsteuer in indirekter Linie entsprechend der Inflationsentwicklung in der Vergangenheit nach unten anpassen.



Jo, d'ADR ass géint eng Erbschaftsteuer an direkter Linie.



Nein, wir wollen eine Debatte über die Einführung einer Erbschaftsteuer in direkter Linie führen, aber für Beträge über 1,5 Millionen Euro.

## Bildung

**Nach der Grundschul- und Sekundarschulreform blickt das Bildungswesen auf turbulente Jahre zurück.**

### Frage 1:

*Gibt es Punkte der Reformen, die Ihre Partei verbessern möchte?*



Die PIRATEN streben ein modulares Schulsystem an, in dem für jeden Schüler das passende Angebot gefunden werden kann, um ihn ausreichend zu fördern und zu fordern, ohne die Qualität der Lehre in Frage zu stellen.



Alle Kinder sollten von Geburt an die besten Chancen bekommen, ihr Leben so gut wie möglich zu gestalten. Die Ansprüche an das luxemburger Bildungssystem sind dabei besonders hoch, angesichts der komplexen Sprachensituation, die auch in Zukunft nicht einfacher sein wird. Der schulische Erfolg darf jedoch nicht nur von Sprachkenntnissen abhängig sein. Sprachkompetenzen dürfen nicht zur Bildungshürde werden. Deshalb muss unsere Bildungspolitik die ungleichen Ausgangsbedingungen der Schüler\*innen berücksichtigen, wie etwa die soziale bzw. kulturelle Herkunft oder die Muttersprache. Wir brauchen eine öffentliche Schule, die der Vielfalt unserer Schüler\*innen gerecht wird.

Zehn Jahre nach der letzten großen Grundschulreform ist es an der Zeit, Bilanz zu ziehen und den gesellschaftlichen Auftrag an das gesamte Bildungssystem neu zu definieren. Diese Aufgabe wollen déi gréng gemeinsam mit den Elternvertretungen, den Lehrkräften, den Direktionen und den Erzieher\*innen angehen. Es sind nämlich diese Akteure, die jede Reform in Zusammenarbeit mit den Schüler\*innen, dem übrigen Schulpersonal und den Gemeinden umsetzen müssen. Ein wichtiges Ziel in diesem Prozess besteht darin, wieder Ruhe und Vertrauen ins schulische Umfeld zu bringen. Wir werden den administrativen Aufwand in der Grundschule verringern und dafür sorgen, dass nicht die Strukturen, sondern die Inhalte und deren pädagogische Vermittlung in den Mittelpunkt rücken.

Da die öffentliche Schule den Bedürfnissen möglichst aller Schüler\*innen gerecht werden muss, begrüßen wir die erhöhte Autonomie unserer Sekundarschulen. Die Entwicklung unterschiedlicher pädagogischer Schwerpunkte einzelner Schulen sollte jedoch nicht verhindern, dass Schüler\*innen bei Bedarf die Schule wechseln können. Auch darf sie nicht zu einem übermäßigen Konkurrenzdenken zwischen den einzelnen Schulen führen.

Als einer von vielen Punkten im grünen Wahlprogramm sei noch erwähnt, dass déi gréng durch eine bessere Abstimmung der Lernprogramme in den unteren Klassen des klassischen Sekundarunterrichts und des



allgemeinen Sekundarunterrichts einen reibungsloseren Wechsel der Schüler\*innen zwischen beiden Bildungsgängen ermöglichen wollen. Dies würde auch die Einführung des für déi gréng so wichtigen Gesamtschulkonzeptes ermöglichen, in der Schüler\*innen bis 15 Jahre bzw. während der ersten drei Jahre der Sekundarstufe gemeinsam unterrichtet werden.



In der kommenden Legislaturperiode wird es darum gehen, das luxemburger Schulsystem zu konsolidieren und die in den vergangenen Jahren beschlossenen Reformen zu bilanzieren und gegebenenfalls nachzubessern. Die LSAP setzt sich u.a. ein für:

- eine Verringerung des bürokratischen Aufwands im Schulbetrieb und die Überarbeitung der Schulentwicklungspläne;
- eine Aufwertung der Berufsausbildung und die Schaffung eines „Bac professionnel“, der gleichzeitig als Meisterprüfung dient und den Zugang zu Hochschulen sicherstellt;
- leichtere und flexiblere Übergänge zwischen dem „Classique“ und dem „Enseignement secondaire général“, dort wo es Sinn macht und den Interessen der Schüler entgegenkommt;
- eine Aktualisierung der Schulprogramme, die mit den gesellschaftlichen Veränderungen Schritt halten müssen.



# Eigenheiminteressenten

Die eigenen vier Wände sind der Wunsch eines jeden

## BHW und CGFP

bieten ihnen hierzu die Möglichkeit  
und zwar zu den allergünstigsten Bedingungen

## Unschlagbares Angebot

für:	mit:
Wohnungsbau/-kauf	Sofortkredit
Modernisierung	CGFP-Vorzugsdarlehen
Grundstückwerb	Steuervorteilen

**Lassen Sie sich unverbindlich beraten!**

Bitte ausfüllen und einsenden an:

**OEL/CGFP**

Oeuvre CGFP  
d'Épargne-Logement  
B.P. 595  
L-2015 Luxembourg

Baukredit:

Ich bitte um  
unverbindliche  
Beratung durch einen  
CGFP/BHW-Berater

(Name)

(Vorname)

(Straße, Hausnummer)

(Plz. /Wohnort)

(Telefon)

(Dienstbezeichnung)

(Dienststelle)



**Sichern Sie sich Ihre Steuervorteile 2018**

# Baufinanzieren aktuell

Informationen • Meinungen • Tipps

Mitgeteilt von der BHW Bausparkasse und der Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement

BHW KomfortBausparen & BHW Wohnbauparen Plus

## Bauen und Sparen

Die neuen Tarife BHW KomfortBausparen & BHW Wohnbauparen Plus sind ideal zum Sparen und Bauen. Sie entscheiden sich für Ihr Ziel, BHW und die Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement ebnen Ihnen den Weg.

### Zinsgünstiges Darlehen

BHW Wohnbauparen Plus bietet Ihnen ein zinsgünstiges Darlehen mit Festzinsgarantie über die gesamte Laufzeit. Das heißt, Sie machen sich unabhängig von den Kapriolen des Kapitalmarktes und stellen Ihren Wohntraum vom ersten Tag an auf eine verlässliche Basis.

Sie entscheiden selbst, ob und wann Sie Ihr Baugeld haben möchten.

Das Prinzip ist einfach: Je höher die Tilgung, desto schneller ist das Darlehen verfügbar.

Wie hoch das Darlehen ist, ergibt sich aus Ihrem Sparguthaben, der Spardauer und der Tilgungsrate, die Sie bestimmen.

Egal, ob Sie Ihr Darlehen nun früher oder erst später in Anspruch nehmen. Entsprechend Ihren Wünschen haben Sie die Wahl zwischen zwei Darlehenszinsvarianten zu 2,35 % oder sogar 1,25 %.

### Baugeld schon nach kurzer Zeit

Mit BHW Wohnbauparen Plus kommen Sie ohne festes Mindestsparguthaben zum Baugeld. Für jene, die sofort mit dem Bauen anfangen möchten, gibt es die Möglichkeit, ihren Finanzierungsplan mit Hilfe eines BHW-Sofortkredits

aufzustellen. Und als CGFP-Mitglied haben Sie zusätzlich Anspruch auf ein Gewerkschaftsdarlehen zum Vorzugszinssatz.

### Spareinlage mit Rendite

Falls Sie kein Bauspardarlehen in Anspruch nehmen wollen oder noch unentschieden sind, so bietet sich BHW KomfortBausparen im heutigen Zinsniveau als attraktive Spareinlage an. Während der Vertragslaufzeit erhalten Sie eine Verzinsung von 1 % und sichern sich auch eine Option auf ein günstiges Bauspardarlehen. Der Tarif ist für alle geeignet, die:

- zinsstark sparen möchten
- noch nicht sicher sind, ob sie Wohneigentum erwerben möchten
- sich heute schon einen attraktiven Sollzins sichern wollen
- für eine anstehende Modernisierung Kapital brauchen.

### Staatlich gefördert

Die Einzahlungen auf Ihr Bausparkkonto können Sie steuerlich absetzen: jährlich bis zu 672 Euro für jede zum Haushalt zählende Person. Für ein Ehepaar mit zwei Kindern ergibt das z.B. 2.688 Euro. Mit der Umsetzung der Steuerreform kam es zu einer Verbesserung der absetzbaren Beiträge, sofern der Bausparer die Altersgrenze von 40 Jahren nicht erreicht hat. Zudem sind die Zinserträge auf Bausparguthaben von der Quellensteuer befreit (ein CGFP-Erfolg). Das lohnt sich!



## Ergonomisches Kochen



Unter Profis gehören Küchengeräte auf Augenhöhe schon längst zum Standard. Jetzt halten sie auch in privaten Haushalten Einzug. Arbeitsplatten, Backofen und Kochherd sind per Knopfdruck in Sichthöhe verstellbar und das Ganze auch noch selbstreinigend – somit wird Kochen kinderleicht und macht auch Technikfans Spaß!

### Auf Augenhöhe bequemer kochen

Moderne Ausstattungen in der Küche sind vor allem eins: anpassungsfähig. Sie zeichnen sich durch ergonomisches Design, pflegeleichten Edelstahl, digitale Kontrolle und Steuerung per Display aus. Auf Wunsch gibt es sogar Garprogramme, mit

denen Gerichte bis zu 70 Prozent schneller fertig werden. Das kommt gut an, denn die Mehrheit legt größten Wert auf die schnelle und unkomplizierte Zubereitung von Mahlzeiten. Gefragt sind Arbeitsflächen, die individuell und einfach einstellbar sind. Die Preisspanne für elektrisch höhenverstellbare Arbeitsplatten liegt zwischen 1.000 bis 3.000 Euro. „Küchenhersteller arbeiten heute mit smarten Geräten, die bequem per Display oder via App für mobile Geräte zu bedienen sind“, sagt Tim Rehkopf von der BHW Bausparkasse. Das erleichtert nicht nur die punktgenaue Zubereitung, es steigert auch die Effizienz beim Kochen. Backöfen sowie Herde sind heute zudem mit Autopilot- und Selbstreinigungsfunktionen ausgestattet. Das erspart viel Ärger beim Aufräumen.

## Smart Home: Im Alter selbstbestimmt leben



Viele der über 65-Jährigen möchten in den eigenen vier Wänden alt werden – selbst dann, wenn sie Pflege benötigen. Moderne Technik kann wertvolle Unterstützung und Sicherheit bieten.

### Neue Assistenzsysteme erleichtern den Wohnalltag

Das Licht per Sprachbefehl einschalten, Jalousien mit der Fernbedienung hochfahren oder auf einem Display sehen, wer an der Tür klingelt und diese per Knopfdruck öffnen – die Smart-Home-Technologie kann besonders für Menschen in fortgeschrittenem Alter mit Bewegungseinschränkungen eine große Erleichterung bedeuten. Die intelligenten Hilfsysteme werden unter dem Fachbegriff „Ambient Assisted Living“ (altersgerechte Assistenzsysteme für ein selbstbestimmtes Leben), kurz AAL, zusammengefasst.

### Keine Angst vor Technik

AAL ist auch für weniger technikaffine Senioren ausgelegt und intuitiv bedienbar.

Wird eine Wohnung saniert oder barrierefrei umgestaltet, sollten die neuen Assistenzsysteme am besten gleich mit integriert werden. Lösungen, die alle Smart-Home-Komponenten vereinen, sorgen für mehr Überblick und Bedienfreundlichkeit.

„Bei altersgerechten Modernisierungen sollte man sich für ein Komplettpaket entscheiden, das über eine zentrale Steuerung aller verknüpften Elemente verfügt“, so Andreas Menkens von der BHW Bausparkasse. „Somit können später je nach Bedarf weitere Geräte hinzugefügt werden.“

### Ein Assistent für alle Fälle

Die Palette der Möglichkeiten reicht von Herdplatten, die sich selbst abschalten, über höhenverstellbare Waschbecken bis hin zu Spezialteppichen die zur Sturzerkennung dienen. Die Kosten liegen je nach Umfang im fünfstelligen Bereich. Startpakete mit Sensoren und Hausnotruf sind schon für 150 bis 450 Euro erhältlich.



**CGFP**



**CGFP**

**- eine Erfolgsgeschichte**

- 
- **parteilich unabhängig**
  - **ideologisch neutral**
  - **repräsentativ**
  - **dynamisch**
  - **erfolgreich**
  - **30 000 Mitglieder**

**Ihre Berufsvertretung**

**CSV** Die CSV möchte wieder für Ruhe im Bildungswesen sorgen. Wir werden also nicht alles in Frage stellen, aber dort wo Verbesserungsbedarf besteht, werden wir die Änderungen vornehmen, die notwendig sind. Wir werden nicht mehr Baustellen in Angriff nehmen als tatsächlich bewältigt werden können. Die Anpassungen sollen ebenfalls mit den Akteuren vor Ort diskutiert und deren Umsetzung besser vorbereitet werden.

Wir werden die neu geschaffenen Gremien und Posten auf ihre Effizienz hin analysieren und bei Bedarf anpassen.

Wir werden die neuen Möglichkeiten zur Ausübung des Lehrerberufes ebenfalls analysieren und eine breite Diskussion über den Lehrerberuf führen.

Die CSV ist davon überzeugt, dass die Schulleitung vor Ort ein „Must“ ist. Wir setzen uns für eine Professionalisierung des Schulkomitees bzw. für den Schuldirektor in der Grundschule ein.

Wir brauchen eine effiziente Schulentwicklung. Wir werden den „plan de développement scolaire“ einer präzisen Auswertung unterziehen und gegebenenfalls Änderungen vornehmen. In Anlehnung an den Sekundarunterricht schlagen wir vor, ein „projet d'établissement“ einzuführen, das neue und zusätzliche Möglichkeiten bietet.

In den Augen der CSV soll die neu eingeführte Orientierungsprozedur analysiert und bei Bedarf angepasst werden. Die „bilans intermédiaires“ sollen nachgebessert und verständlicher gemacht werden. Die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden und dem Bildungsministerium soll auch einer Analyse unterzogen werden und bei Bedarf angepasst werden. Die Verknüpfung zwischen den „Maisons relais“ und den Grundschulen soll optimiert werden. Die Hausaufgabenhilfe soll gemeinsam organisiert werden und für die Kinder kostenlos sein. Die Betreuung der Kinder mit spezifischen Bedürfnissen soll ausgewertet und die Gesetzgebung evaluiert und angepasst werden. Der Zugang zu den notwendigen spezifischen Beihilfen soll vereinfacht und verbessert werden.

Im „Secondaire“ sollen die Lernpläne, die Methodik und die Didaktik ausgewertet und laufend überarbeitet werden. Die Orientierung soll einen größeren Stellenwert genießen. Praktika sollen auch im klassischen Sekundarunterricht eingeplant werden. Die sogenannten Mint-Fächer (Mathematik, Naturwissenschaften usw.) sollen gestärkt werden. Das „Régime préparatoire“ soll nach entsprechender Analyse aufgewertet werden. Die gewonnenen Erfahrungswerte aus den sogenannten iPad-Schulklassen sollen evaluiert werden. Das neu geschaffene Fach „Vie et Société“ soll ebenfalls einer Evaluierung unterzogen und die Inhalte angepasst werden. Die Erziehung zum verantwortungsvollen Bürger soll im Mittelpunkt stehen.

Das Gesetz über die Privatschulen wollen wir reformieren und den aktuellen Bedürfnissen anpassen.



**KPL** Auch in einem kapitalistischen Staat wie Luxemburg dürfen Kinder aus nicht-akademischen Lebensgemeinschaften oder aus Arbeiterfamilien nicht außen vor bleiben. Sie haben ebenso das Recht auf eine umfassende Unterstützung und auf eine gute Ausbildung. Faire Bildung und wahrhaftige Individualisierung derselben verlangen zum einen ein breites sowie professionelles Nachhilfe- und Förderprogramm für sämtliche Schüler mit entsprechendem Bedarf; zum anderen die Reduzierung der Klassengrößen und die Aufstockung des Unterrichtsstundenkontingents, einhergehend mit einer jährlich zunehmenden Einstellung von ausgebildeten Lehrkräften für besseren Schülerbetreuung. Unter diesen grundlegenden Voraussetzungen könnte auch die Hauptforderung der Kommunisten realisiert werden, nämlich die Einführung einer polytechnischen Sekundarschule mit dreijährigem „tronc commun“. Eine solche kostenintensive Bildungspolitik widerspricht freilich den Grundsätzen kapitalistischer Logik.



**DP** Die DP steht hinter den Verbesserungen, die vom Bildungsministerium eingeleitet und umgesetzt wurden. Die Schulen brauchen jetzt Kontinuität. Die DP wird sich deshalb in den kommenden Jahren vor allem auf die Umsetzung, die Evaluation und die Weiterentwicklung dieser Reformen konzentrieren. Es ist wichtig, dass die Reformen genügend Zeit bekommen, um zu wirken. Überhastete Anpassungen oder das Überbordwerfen von Reformen würden unser Bildungswesen um Jahre zurückwerfen. Dies wäre gegenüber den Schülern, den Eltern und den professionellen Akteuren nicht zu verantworten.



**adr.** D'ADR mécht sech gross Suergen iwwer d'Entwicklungen am Schoulwiesem. Dee progressiven an allgemengem Niveauesverloscht an deene leschte Joerzénge huet negativ Auswirkungen op d'Chance vum eise Kanner a Jonken. Émmer méi Jonker, déi aus eisem Schoulesystem kommen, si géintiwwer Absolventen aus dem Ausland benodeelegt. D'ADR hätt nees gär méi Niveau a Leeschtung an eise Schoulen, fir datt den Diplom vum enger gratisser, éffentlecher Schoul nees opgewäert gétt. Och hätt d'ADR gär eng Opwärtung vum Handwierk a vun deene manuelle Beruffer. De Problem vun der Disziplin a vun der Gewalt an der Schoul hëlt si ganz eescht. Fir d'ADR müssen iwverflësseg Bürokratie méi och de kompetenzorientierten Unterrecht ofgeschaaft, d'Méiglecheete vum Kompensieren a geschränkt an d'Orientierung an de Bewärtungssystem objektiviert ginn.



**déi Lénk** Der zunehmenden Autonomisierung der Schulen und dem Auseinanderreißen der Schülerbevölkerung wollen wir eine Schule für alle entgegenhalten, in der auf die individuellen Anforderungen geachtet wird, aber in einem gemeinsamen, öffentlichen Rahmen.

## Frage 2:

**Das Reservoir an fertig ausgebildeten Lehrern stößt an seine Grenzen. Welche Maßnahmen will Ihre Partei ergreifen, um den Mangel an diplomierten Lehrkräften zu beheben?**



Der Lehrerberuf ist aufgrund vieler Unkenrufe ein unattraktiver Berufszweig geworden. Die PIRATEN wollen sich für eine verstärkte Wertschätzung der Lehrer einsetzen. Die Vorgesetzten müssen öfters den Lehrern den Rücken stärken, anstatt bei jeder Reklamation der Eltern direkt einzuknicken. Die PIRATEN fordern darüber hinaus, dass eine Rekrutierungsoffensive im Bildungswesen gestartet wird und Schüler sowie Studenten aus relevanten Fächern den Geschmack am Lernen und nicht nur am Lernen vermittelt bekommen.



Was den spezifischen Mangel an diplomierten Lehrkräften angeht, so sind wir der Meinung, dass dieses Phänomen das Resultat einer Reihe von unterschiedlichen Faktoren ist, nämlich: 1) der mangelnden Attraktivität des Berufs und einer Überlastung der Lehrer\*innen durch zu viele administrative Aufgaben; 2) einer zu hohen Anzahl an Lehrer\*innen, die in den letzten Jahren von ihrer Stelle im Klassenzimmer zu einer anderen Stelle außerhalb des Klassenzimmers beurlaubt sind; 3) der Tatsache, dass die Ausbildung der Lehrer\*innen nicht mehr den Realitäten des Berufs und der Situation in unseren Schulen entspricht; 4) eines „Stage“ von drei Jahren bei gleicher Verantwortung.

Um diesem Mangel entgegenzuwirken, muss die Attraktivität des Berufs also wieder gesteigert werden. Außerdem muss der Zugang zum Beruf neu geregelt werden, ohne dass dabei die Qualität des Unterrichts und die soziale Anerkennung des Berufs gefährdet werden. Um dies zu ermöglichen, wollen déi gréng z.B. 1) die administrativen Aufgaben der Lehrer\*innen reduzieren, damit sie sich wieder mehr auf ihre pädagogische Arbeit konzentrieren können; 2) die Anzahl jener Lehrkräfte limitieren, die mit Aufgaben außerhalb des Klassenzimmers betraut werden; 3) die Arbeit mit den Kindern valorisieren; 4) das Schulstundenkontingent, das den Gemeinden zugeschrieben wird, evaluieren; 5) die Ausbildung der Lehrer\*innen im Einklang mit der anstehenden Reform in Belgien reorganisieren (Spezialisierung); 6) eine Bildungsplattform („Assises de l'éducation“) organisieren, um die zukünftigen Bewertungsmethoden, die Personalbedürfnisse, die Bildungsinhalte und die Rekrutierungsmaßnahmen sowohl im Grundschul- als auch im Sekundarbereich zusammen mit allen Schul- und Sozialpartner\*innen zu analysieren und nachhaltige Lösungsansätze auszuarbeiten; 7) die Rolle des IFEN auswerten; 8) den Posten des „Président de comité d'école“ mit einem/einer vollzeitlichen Schuldirektor\*in ersetzen. Diese\*r soll administratives Personal zur Seite gestellt bekommen. Die Ziele dieser strukturellen Veränderung sind vielfältig:

- ein\*e zuständige(r) Ansprechpartner\*in für alle (Schüler\*innen, Lehrkräfte, sozialpädagogisches Personal, Eltern, Gemeinde, Ministerium, Betreuungsstrukturen) zu definieren;
- ein gezieltes Management der täglichen administrativen Aufgaben zu garantieren;
- den täglichen Schulbetrieb mit allem, was dazu gehört (Ersatz von Lehrer\*innen, unvorhersehbare Ereignisse, Dialog mit den Schulpartnern, Organisation von pädagogischen Projekten usw.), zu verwalten;
- eine optimale Zusammenarbeit mit der regionalen Direktion und dem Schöffenrat zu gewährleisten.



Die LSAP wird alles daransetzen, um den Mangel an qualifizierten Lehrern in den kommenden Jahren abzubauen und die Attraktivität des Lehrberufs zu steigern. Der Lehrermangel ist auch auf die ungenügende Anzahl an freien Studienplätzen zurückzuführen. Die LSAP wird mit Nachdruck dafür eintreten, dass mehr Studienplätze für Lehramtsstudenten angeboten werden. Die Universität Luxemburg wird größtenteils über öffentliche Gelder finanziert und muss einen verstärkten Beitrag zur Behebung des Lehrermangels leisten.

Darüber hinaus befürwortet die LSAP einen erleichterten Zugang zum Lehrerberuf über den zweiten Bildungsweg.

In Zeiten des erhöhten Lehrermangels sind Lehrbeauftragte unerlässlich, um einen geordneten Schulbetrieb aufrechterhalten zu können. Die LSAP wird die Arbeits- und Lohnbedingungen für Lehrbeauftragte bilanzieren und verbessern.



Wir wollen und müssen den Beruf des Grundschullehrers attraktiver machen. Wir werden das Referendariat der Sekundarschullehrer praxisgerechter gestalten und den administrativen Aufwand reduzieren. Wir werden den Lehrkräften den für die Wissensvermittlung notwendigen Freiraum zurückgeben.



Der Rückgriff auf Lehrbeauftragte soll durch die Bereitstellung einer größeren Anzahl an Referendarplätzen („Stagiaire“-Stellen) in Zukunft ganz vermieden werden, um auf diesem Wege auch die Zweiklassengesellschaft im Lehrerberuf abzuschaffen. Schüler solidarischer und sozial denkendes Lehrpersonal. An luxemburgischen Schulen sollen im Rahmen eines „Stage“ pädagogisch ausgebildete und verbeamtete Lehrer unterrichten. Im Sekundarbereich: Die Prozedur für die Rekrutierung von neuen „professeurs-stagiaires“ muss überdacht werden. Ohne Zweifel spielen die fachlichen Kenntnisse eine entscheidende Rolle, jedoch sollten in kürzeren Zeitabständen mehr Kandidaten für die Professorenlaufbahn angeworben werden – im Ja-

nuar, im Juni/Juli und im Oktober (für die Kandidaten, die beim ersten Versuch gescheitert sind, bzw. für Anwärter, die erst im Sommer das Studium abgeschlossen haben). Das Examen bedarf außerdem einer Überarbeitung; im Grunde genommen sollte es etwas entschlackt werden. Fachliche Kenntnisse lassen sich auch im Laufe des so genannten „Stage“ überprüfen sowie im Rahmen des „travail de candidature“. Die KPL fordert außerdem die Abschaffung administrativer Belastungen und Wasserköpfe (wie etwa der „Plan de développement de l'établissement scolaire“), die Aufstellung eines flexiblen Zehnjahresplans betreffend die Lehrerrekrutierung (ohne Rücksicht auf die Kosten, denn diese dürften bei der Bildungsfrage keine vordergründige Rolle spielen). Weitere Anliegen der KPL sind Werbekampagnen an den Sekundarschulen, die Aufwertung des Berufs durch die Bewilligung gewerkschaftlicher Forderungen, die positive mediale Vermittlung der wichtigen, gesellschaftlichen Rolle des Lehrers im Rahmen des kindlichen Reifeprozesses und beim Aufbau einer so genannten „Wissensgesellschaft“.



Das Rekrutierungsproblem beschränkt sich keineswegs auf den Bereich der Bildung, sondern betrifft den gesamten öffentlichen Dienst. Um dem Lehrermangel entschieden entgegenzuwirken, wurde kürzlich ein Gesetz im Parlament verabschiedet, das drei konkrete Lösungsansätze beinhaltet.

Zum einen wurde Absolventen eines Bachelor-Abschlusses, der im weiten Sinne mit den Zielen der Grundschule vereinbar ist, die Möglichkeit geboten, den Lehrerberuf auszuüben, sofern Lehrereinstellen von ausgebildeten Lehrern unbesetzt bleiben. Infolge einer anschließenden berufsbegleitenden Weiterbildung von 216 Stunden können diese sogenannten „Quereinsteiger“ die Zulassung zum Lehrerexamen erwerben. Diese Maßnahme ist zeitlich auf fünf Jahre begrenzt. Zum anderen wird die Unterscheidung zwischen einer Ausbildung im Zyklus 1 und einer Ausbildung im Zyklus 2 bis 4 durch getrennte Zulassungsexamen wiedereingeführt. Letztens wurde auch die sogenannte „Stagezeit“ für angehende Lehrer von drei auf zwei Jahre verkürzt, sofern diese mindestens 20 Wochen Praktika während ihrer Ausbildung vorweisen können. Die beschlossenen Maßnahmen tragen ihre ersten Früchte. 2018 wurden 222 diplomierte Lehrer über den „Concours“ rekrutiert. 2017 waren es nur 91.

Die DP wird zudem auch konkrete Perspektiven schaffen für Lehrer, die sich weiter spezialisieren wollen, vor allem in den Bereichen Inklusion, Digitalisierung und Schulmanagement. Konkrete Berufsperspektiven tragen ohne Zweifel zur Attraktivität des Lehrerberufs bei.



D'ADR géint d'Schoul esou ëmgestalten, datt nees méi Leit wëllen e pädagogesche Beruff ergräifen. D'Motivatioun ass hei e Schlüsselement. De Beruff vum Schoulmeeschter/vun der Léierin oder vum Professer muss nees opgewäert ginn. Dozou droen déi Schoulreforme bäi, déi d'ADR wëlles huet. An den An vun der ADR ginn iwwerflësseg Deeladministratiounen am Unterrechtswiese ofgeschaaft, d'Ausbildung gëtt méi praxisno a manner ideologesch opgebaut, de Beruff gëtt manner bürokratesch an d'Stügen ginn esou organiséiert, datt se net als eng onnéideg Schikan gesi ginn. Fir d'ADR muss d'Regierung hannert dem Léierpersonal stoen, him vertrauen an et bei senger schwiegener a verantwortungsvoller Aarbecht ënnerstëtzen.



Die Reduzierung der „Stagezeit“ und die Abschaffung der unsinnigen Kürzung der Einstiegsgehälter sind ein Anfang. Bessere Ausbildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten der „Stagiaren“ tun ein weiteres.

### Frage 3:

**Mit seinen drei Amtssprachen hält das luxemburgische Schulsystem einen Trumpf in der Hand. Inzwischen werden zunehmend Schulkonzepte mit ausschließlich französischen und englischen Sprachzweigen geschaffen. Ist Ihre Partei der Meinung, dass derartige Maßnahmen zur Integration beitragen?**



Solche Maßnahmen, die darüber hinaus zur schleichenden Privatisierung und Ghettoisierung des öffentlichen Schulwesens führen, dürfen in unseren Augen nicht weiter gefördert werden. Die PIRATEN bekennen sich zum Prinzip der Dreisprachigkeit, wollen jedoch Möglichkeiten schaffen, dass auch das Englische mehr gefördert wird. Kurzfristig müssen wir es im Schulwesen aber auch hinbekommen, dass die Berufswahl nicht durch Sprachkenntnisse eingeschränkt wird, so wie es heute bei verschiedenen Ausbildungsberufen der Fall ist.



Luxemburgisch ist unserer Meinung nach die Integrations-sprache. Unsere Vielsprachigkeit ist jedoch sehr positiv und muss gefördert werden. Deutsch und Französisch sowie Englisch spielen in Luxemburg eine bedeutende Rolle. Im Sekundarunterricht werden déi gréng an der Mehrsprachigkeit festhalten, jedoch ab der Oberstufe eine Gliederung des Lehrangebots, gemäß dem Modell der internationalen Schulen, in Haupt- und Nebensprachen einführen. Eine Schwäche in einer Sprache darf nicht automatisch zum schulischen Misserfolg führen. Über die generelle Mehrsprachigkeit hinaus können Schulklassen mit ausschließlich französischen, englischen oder anderen Sprachzweigen aber punktuell durchaus ein sinnvolles Angebot sein, für die zahlreichen internationalen Arbeitskräfte, für die unser Land nur eine mehr oder weniger kurze Etappe in ihrer beruflichen Laufbahn darstellt.



Als LSAP erkennen wir an, dass es in Luxemburg aufgrund der demografischen Situation und des Wirtschaftsgefüges für solche Schulkonzepte eine Nachfrage und einen Bedarf gibt. Anstatt diese Schulangebote ausschließlich privaten Trägern zu überlassen, sollten sie nach Möglichkeit Teil des staatlichen Schulsystems sein. Sie sollten jedoch eher die Ausnahme bleiben als zur Regel werden.

Für die LSAP hat der öffentliche Bildungsauftrag und der freie Zugang zu einer kostenlosen Schulbildung Vorrang vor Privatschulen, die von Privatinvestoren, Eltern und der öffentlichen Hand mitfinanziert werden. Nicht alle Eltern können sich eine Privatschule für ihre Kinder leisten und die zum Teil erheblichen Schulgelder aufbringen. Das führt mitunter dazu, dass parallele Schul- und Lebenswelten entstehen, die für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die soziale Mixität nicht gerade förderlich sind. Die LSAP will dieser Tatsache Rechnung tragen und Anreize zur Förderung der sozialen Vielfalt in Privatschulen schaffen. Gleichzeitig soll sichergestellt werden, dass Privatschulen, die zu 80 % von öffentlichen Geldern mitfinanziert werden, die gleichen Schulprogramme anbieten wie öffentliche Schulen.



Wir sollen die Mehrsprachigkeit als Chance nutzen. Damit diese nicht zu einer unüberwindbaren Hürde für viele Schüler wird, brauchen wir ein übergreifendes Gesamtkonzept in puncto Sprachenwerb. Nur so können wir der vielfältigen Schülerbevölkerung gerecht werden. Für die CSV liegt die Lösung in der Überarbeitung der gesamten Lernprogramme und Methodik. Wir stellen den Schülern ein flexibles Angebot zur Verfügung, das von der öffentlichen Schule ausgehen soll, um somit die Chancengleichheit der Schüler zu garantieren.

Wir wollen auch das Luxemburgische als gemeinsame Sprache in der Schule verankern, dies im Interesse der Integration und des sozialen Zusammenhalts. Die luxemburgische Sprache soll ab dem Zyklus 1 zunehmend gefördert werden.



Auf keinen Fall tragen diese zu einer Stärkung der Mehrsprachigkeit bei. Sie bewirken eher das Gegenteil. Es erfolgt dadurch eine Zersplitterung, statt einer so genannten Diversifizierung der Schullandschaft. Solche „internationalen“ Schulen erweisen sich als Trugschluss – nur Schüler, die aus wohlhabenden oder reichen Familien stammen, vermögen hiervon zu profitieren, können sie sich doch die anschließenden Studien zum Beispiel an teuren, englischen Privathochschulen leisten.

Durch die Gründung von englisch-, französisch- oder deutschsprachigen Schulen sind Integration und Inklusion mittels Sprache nicht mehr möglich. In der öffentlichen Universalschule sollen Kinder mit unterschiedlichen Muttersprachen aus allen Gesellschaftsklassen zusammentreffen und die drei Landessprachen erlernen, wobei mit Hilfe von Stütz- und Nachhilfekursen alle Schüler ein ihren Fähigkeiten entsprechendes Niveau erreichen sollen. Dergestalt können die „schwächeren“ Schüler an das erforderliche Niveau herangeführt werden.



In den neu eingeführten europäischen Klassen ist Luxemburgisch ein obligatorischer Bestandteil des Lehrplans. Die von der DP eingeleitete Diversifizierung des öffentlichen Schulangebots soll auch in der kommenden Legislaturperiode weitergeführt werden. Wir brauchen Schulen, die so vielfältig sind wie die Talente und die Bedürfnisse unserer Schüler. Angesichts der zunehmenden Heterogenität unserer Schüler, sollen die Schulen auch in Zukunft unterstützt werden, um ein eigenes Profil auszuarbeiten und sich den lokalen, soziokulturellen und sprachlichen Gegebenheiten ihrer Schüler anzupassen. Das Angebot der Luxemburger Schullandschaft soll deshalb erweitert werden, um jedem Schüler die Möglichkeit zu bieten, die Schule auszuwählen, die am besten zu seinem Profil und zu seinem Berufswunsch passt. Nur so hat jeder Schüler eine faire Chance auf eine gute Qualifikation und einen guten Abschluss. Nur wenn die öffentliche Schule diese unterschiedlichen Profile der Schüler wahrnimmt und passende Angebote entwickelt, kann sie ihrem Anspruch gerecht werden, jedem Kind faire Bildungschancen zu gewährleisten. Die Diversifizierung stärkt die öffentliche Schule.

Zudem wird die DP Privatschulen, die durch öffentliche Gelder mitfinanziert werden, dazu verpflichten, den Schülern obligatorische Luxemburgischkurse anzubieten. Dies wird allen Schülern einen Zugang zur luxemburgischen Sprache ermöglichen und gleichzeitig die Integration durch eine gemeinsame Sprache fördern.



D'ADR huet ëmmer géint esou Modeller gestëmmt. An hiren Aen féiert déi Trennung vun de Kanner no Sprooch an domat och dacks no Nationalitéit zu enger Segregatioun amplat zu enger Integratioun. Dëst huet laangfristeg katastrophen Konsequenzen op eis Gesellschaft. Fir d'ADR soll et esou friemsproocheg Schoultypen nëmmen fir Kanner ginn, deenen hir Elteren als Kaderen just fir eng kuerz Zäit am Land sinn.



Nein, keinesfalls. „Die internationale Ausbildung soll auf Kinder beschränkt bleiben, deren Eltern aus beruflichen Gründen nur zeitlich begrenzt in Luxemburg leben und auf neu angekommene SchülerInnen, die die luxemburgische Sprache nicht beherrschen.“ (Zitat aus dem Wahlprogramm)

# Wirtschaft und Wachstum

**Luxemburgs Wirtschaft wächst weiter. Die ermutigenden mittelfristigen Wirtschaftsprognosen liegen deutlich über dem Durchschnitt der Eurozone.**

## Frage 1:

**Ist Ihre Partei der festen Überzeugung, dass Luxemburg langfristig eine rasante Zunahme verträgt – und wenn ja, wie soll dieses Wachstum gesteuert werden?**

 Die PIRATEN sind der Überzeugung, dass Luxemburg noch nicht an den Grenzen seines Potenzials angekommen ist. Und vor allem unter der Berücksichtigung, dass wir das aktuelle, umlagefinanzierte Rentensystem aufrechterhalten wollen, muss Luxemburg weiterwachsen. Die PIRATEN treten jedoch für eine voluntaristische Wachstumspolitik ein, bei der eine wirtschaftliche Ansiedlungspolitik umgesetzt wird. Diese sollte als oberste Priorität haben, Arbeitslose wieder in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren.

 déi gréng sind nicht gegen ein weiteres Bevölkerungswachstum: Luxemburg ist ein Einwanderungsland und ein Großteil unseres Reichtums, unserer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung konnten wir nur dank unserer Weltoffenheit und der vielen Menschen aus unterschiedlichen Ländern und Regionen erreichen. Unsere Offenheit nach außen war und ist unsere Stärke, und die möchten wir erhalten. Allerdings müssen wir die Geschwindigkeit und die Art und Weise unseres Wachstums in Frage stellen. Wachstum darf kein Dogma sein, die wirtschaftliche Entwicklung Luxemburgs muss immer die gesamte Gesellschaft berücksichtigen. Das Allgemeinwohl muss im Mittelpunkt jeder Entwicklung stehen und unsere Natur muss geschützt werden.

Es ist Zeit, den Fuß vom Gas zu nehmen, denn das enorme Wachstum stellt unser Land vor steigende Probleme: Bevölkerungswachstum und Pendlerverkehr führen zu verstopften Straßen, bezahlbarer Wohnraum wird knapp, die Preise steigen. Und bei Weitem nicht alle profitieren in gleichem Maße vom Wachstum. Doch diese Entwicklungen sind nicht alternativlos. Luxemburg kann seine Zukunft gestalten, weil es die Mittel, die Beweglichkeit und die Menschen dazu hat, um auf die Herausforderungen unserer Zeit wirksam zu reagieren. Es gibt allerdings nicht das „eine“ Wundermittel, das alle Missstände im Handumdrehen behebt.

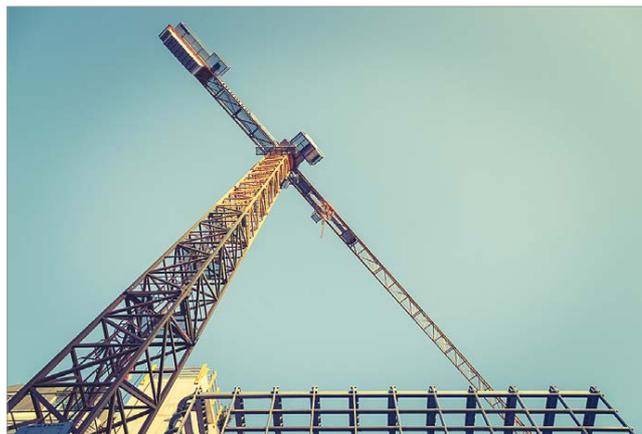
deí gréng haben in den vergangenen fünf Jahren einiges erreicht. Aber die Arbeit hat gerade erst begonnen. Wir versprechen keine einfachen Lösungen – und wir behaupten auch nicht, auf alles eine Antwort zu haben. Unser 120-seitiges Wahlprogramm bietet jedoch eine Palette an durchdachten Ideen und Lösungen, um unser Land nachhaltig weiterzuentwickeln. Zentrale Elemente sind dabei eine harmonische Landesplanung, eine wirksame Mobilitätspolitik, eine wirtschaftliche Entwicklung hin zu einer grünen Kreislaufwirtschaft mit erheblich reduzierten Umwelt- und Ressourcenverbrauch sowie die nachhaltige Finanzierung des Luxemburger Sozialmodells. Für déi gréng ist Politik nämlich mehr als nur ein Reparaturbetrieb für die Folgen eines überhitzten Wachstumsmodells.

Um sein soziales Modell finanziell tragen zu können, ist Luxemburg momentan auf ein hohes Wirtschaftswachstum sowie auf die Schaffung von Tausenden zusätzlichen Arbeitsplätzen pro Jahr angewiesen. Dies impliziert sowohl ein rasches Bevölkerungswachstum als auch eine Steigerung der Anzahl der Grenzgänger\*innen, die mit ihren Sozialbeiträgen die Finanzierung unserer heutigen Pensionen ermöglichen, und deren eigene Pensionen und Sozialleistungsansprüche theoretisch in Zukunft durch zusätzliche Lohnabgaben finanziert werden müssen. Für déi gréng ist ein solches Finanzierungsmodell nicht mit einer nachhaltigen Entwicklung in Luxemburg vereinbar. Wir werden das Land deshalb längerfristig aus der Abhängigkeit dieser Wachstumsspirale befreien, ohne jedoch die Leistungsfähigkeit des Sozialsystems zu beschneiden. Unsere Überlegungen gehen in mehrere Richtungen: Eine davon ist z.B. die Nutzung der zunehmenden digitalisierten Arbeitswelt, die neue Chancen für den Umbau und für die Absicherung des Systems bietet.

 Die Wirtschafts- und Finanzkrisen der vergangenen Jahre haben gezeigt, dass die Arbeitslosigkeit ohne Wachstum ansteigt und die Staatsfinanzen ins Ungleichgewicht geraten. Luxemburg ist eine kleine und offene Volkswirtschaft und durchaus anfällig für externe Schocks und Krisen. Daher ist es auch schwierig, das Wachstum mit den Instrumenten der nationalen Politik punktgenau zu steuern.

Wir sind der Ansicht, dass wir kein rasantes, aber ein angemessenes Wirtschaftswachstum brauchen, um neue Arbeitsplätze zu schaffen, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und das Ziel der Vollbeschäftigung zu erreichen. Wir wissen auch, dass wir Wachstum brauchen, um die nötigen Steuereinnahmen zu generieren, ohne die wir weder unseren Sozialstaat finanzieren noch unsere öffentlichen Infrastrukturen und Dienstleistungen aufrechterhalten könnten.

 Wir brauchen Wirtschaftswachstum. Wir wollen aber ein qualitatives Wachstum, nicht ein rein quantitatives.



 Luxemburg verträgt langfristig keine weitere rasante Zunahme im Wirtschaftsbereich, es sei denn, man nimmt in Kauf, dass das Land vollständig zersiedelt wird, und das Verkehrschaos, die Baulandspekulation und die Umweltzerstörung noch größer werden. Ginge es der KPL nach, würden Betriebe in Zukunft dort angesiedelt werden, woher die französischen, belgischen und deutschen Pendler stammen. Das wäre im Sinne der Lebensqualität der Luxemburger und der Grenzgänger. Dafür müssten aber die Steuergeschenke und andere Vergünstigungen, welche alle bisherigen Regierungen dem Kapital gemacht haben, und die wie ein Staubsauger gewirkt haben, abgeschafft werden und eine enge Kooperation mit unseren strukturschwachen Nachbarregionen erfolgen. Die Voraussetzung dafür wäre, dass man den Menschen vor den Profit stellt.

 Das durchschnittliche Wirtschaftswachstum der vergangenen fünf Jahre liegt bei 3,5 %. Ein guter, aber kein außergewöhnlicher Wert. Die DP ist der Ansicht, dass Luxemburg sein Wachstum noch qualitativer ausrichten und auf Wirtschaftsaktivitäten mit hohem Mehrwert setzen muss. Fakt bleibt, dass unser Land ein gesundes Wachstum braucht, um seinen Bürgern weiterhin ein hohes Niveau an Sozialleistungen zu gewährleisten.

 D'ADR huet déi aktuell Wuesstemsdebatte virun e puer Joer mat enger Interpellatioun an der Chamber ausgeléist. Den aktuelle Wuesstem kann net esou weider goen, well dat déi demographesch Entwécklung vum Land, an doduerch et d'Liewensqualitéit, ganz negativ géng beaflossen. D'Käschte vum Wuesstem, sozial ökologesch wéi och bei den Infrastrukturen, ginn ëmmer méi héich. De Staat kënn net no, fir d'Konsequenze vum Wuesstem ze geréieren. Mir brauchen also elo direkt eng vill méi selektiv Approche bei der Nidderloosung vu Betriber, eng Debatt iwver déi zukünfteg ekonomesch Entwécklung vum Land a Reformen an de Sozialsystemer, fir déi aktuell „Schnéiballeffekter“, déi eis zum Wuesstem zwéngen, ëmzestrukturieren. Nëmmen esou kënnen mir eis eng nei Handlungsfräiheet ginn.

 Die Perspektiven für eine ökonomische Transition Luxemburgs und der Großregion müssen Gegenstand einer breiten Diskussion über ein neues Gesellschaftsprojekt werden, das auch die Wachstumsdebatte einschließt und den engen Fokus auf den eingeschränkten BIP-Indikator überwindet. In dieser Diskussion müssen vor allem junge Menschen und die arbeitende Bevölkerung eine zentrale Rolle einnehmen. Eine solche Diskussion schließt ein, dass das Wachstum derzeit besonders einigen Wenigen zugutekommt. Würde der Reichtum gleicher verteilt werden, z.B. über Steuern, könnte er sozial gerechter und ökologisch wirksamer eingesetzt werden. Der Reichtum darf auch nicht auf Kosten der Nachbarländer erwirtschaftet werden. Er bedarf in der Tat einer starken, gesellschaftlichen Steuerung und einer demokratischen Kontrolle.

## Frage 2:

**Was genau versteht Ihre Partei unter dem Begriff „qualitatives Wachstum“?**

 Qualitatives Wachstum bedeutet für die PIRATEN, dass die Lebensqualität nicht leiden darf, und dass wir nicht ohne Ziel wachsen sollen. Das Wachstum sollte so gestaltet werden, dass es den Menschen in Luxemburg besser geht als bisher, dass die Renten sicherer sind, die Arbeitslosigkeit sinkt und wir nachhaltiger wirtschaften.

 In den letzten 20 Jahren kannte Luxemburg ein rasantes Bevölkerungswachstum. Heute leben in Luxemburg mehr als 600.000 Menschen. Davon sind allein 100.000 Personen in den letzten zehn Jahren hinzugezogen. Die Zahl der Arbeitsplätze wuchs sogar noch schneller, nämlich von 300.000 auf 400.000. Dies zeugt von einer positiven, wirt-



**Bâloise**  
Assurances

*life*  
En ligne avec vous

## Assurance Solde restant dû

Votre investissement immobilier en toute sécurité.  
Demandez nos conditions exceptionnelles !

[www.cgfp-assurances.lu](http://www.cgfp-assurances.lu)

**CGFP**  
Assurances

16, rue Érasme  
L-1468 Luxembourg  
tél. (+352) 27 04 28 01  
[info@cgfp-assurances.lu](mailto:info@cgfp-assurances.lu)

schaftlichen Dynamik, stellt uns aber auch, wie oben beschrieben, vor große Herausforderungen.

Die generelle Fokussierung auf die Bevölkerungszahl oder auf den Begriff Wachstum – egal mit welchem Beiwort – geht allerdings am Kern der Debatte und an der Realität unseres Landes vorbei. Prioritär geht es nicht um „weniger“, „intelligentes“, „vernünftiges“ oder „qualitatives“ Wachstum. Für déi gréng geht es um viel mehr: Es geht darum, unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen, denn eine gesunde Umwelt ist nicht nur die Voraussetzung für die menschliche Existenz, sie ist auch die Grundlage der künftigen, wirtschaftlichen Entwicklung. Und es geht um ein lebenswertes Land, in dem der Erfolg unserer Kinder nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängt; eine nachhaltige und innovative „Green Economy“, die auf unseren Stärken aufbaut, gute und sichere Arbeitsplätze schafft und unsere natürlichen Ressourcen auch für die kommenden Generationen erhält; ferner geht es um eine offene Gesellschaft, in der wir unser Zusammenleben miteinander und nicht nebeneinander organisieren. Nur eine Gesellschaft, in der die Menschen sich einbringen und zusammenhalten, ist eine Gesellschaft, die für die Herausforderungen der Zukunft gewappnet ist. Deshalb steht das grüne Wahlprogramm auch unter dem Motto „Zukunft. Zesammenhalt. Gutt Liewen. Well mer eist Land gâr hunn“.

**LSAP** Unter „qualitativem Wachstum“ verstehen wir eine nachhaltige Entwicklung, die die soziale, wirtschaftliche und ökologische Dimension miteinander verbindet, also für soziale Gerechtigkeit sorgt, wirtschaftlichen Fortschritt ermöglicht und gleichzeitig den Ressourcenverbrauch reduziert und die Umwelt schont.

Als Sozialisten legen wir besonders auf den sozialen Aspekt Wert: Wir wollen ein inklusives Wachstumsmodell für Luxemburg, das gute und sichere Arbeitsplätze statt Prekarität schafft, ein Modell, das produktiv ist und gute Löhne ermöglicht, und den geschaffenen Wohlstand gerecht verteilt, anstatt die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer zu machen.

**CSV** Wir wollen ein organisiertes Wachstum, das wir auch begleiten und bewältigen können. Wir wollen sicher gehen, dass Wachstum sich nicht alleine über Demografie und/oder über die Anzahl der Arbeitsplätze definiert. Innovationen, bessere berufliche Ausbildungen und Kompetenzen sowie neue Arbeitsweisen sollen die Produktivität steigern und gleichzeitig die Lebensqualität der heutigen und zukünftigen Generationen garantieren.

Wir wollen ein verantwortungsvolles Wachstum, das auf Nachhaltigkeit setzt. Die vorhandenen Ressourcen sollen nicht vergeudet werden. Sie sollen wenn möglich wiederverwendet werden. Für uns wird z.B. die Kreislaufwirtschaft in Zukunft eine große Rolle spielen. Wir wollen, dass sich unser Land auch auf dieser Ebene gut positioniert.

**KPL** Die KPL verwendet den Begriff „qualitatives Wachstum“ nicht, weil er die Öffentlichkeit irreführt. Das Wachstum, das die KPL anstrebt, soll durch Investitionen in die reale Wirtschaft entstehen, deshalb strebt die KPL in erster Linie die Schaffung eines staatlichen Beteiligungsfonds an, in welchem die staatlichen Beteiligungen an Betrieben gespeist werden, und der in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen gezielt in Betriebe und in Arbeitsplätze investiert, und somit die wirtschaftliche Entwicklung des Landes im Sinne der gesellschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer steuert.

**DP** Qualitatives Wachstum bedeutet eine hohe, wirtschaftliche Produktivität, verknüpft mit einer ressourcenschonenden Wirtschaft. Der Finanzplatz Luxemburg ist ein gutes Beispiel für qualitatives Wachstum: 11 % der Erwerbstätigen erwirtschaften mehr als ein Viertel des Bruttosozialprodukts.

Erhöhter Mehrwert kann vor allem durch mehr Digitalisierung und durch eine große Innovationskraft erreicht werden. Die DP wird gezielt Unternehmen unterstützen und nach Luxemburg anlocken, die diese Voraussetzungen erfüllen. Erste Erfolge konnten bereits in der Digitalindustrie verzeichnet werden. Die Bemühungen, Luxemburg als Wissensstandort weiterzuentwickeln, müssen fortgesetzt werden („grüne“ Technologien, Digital- und Kreativwirtschaft, z.B. im Bereich der Cybersicherheit).

Die DP ist sich jedoch bewusst, dass ein Land nicht nur ertragreiche und arbeitsexensive Jobs anbieten kann. Deshalb wird die Wirtschaft auch in Zukunft Arbeitsplätze für Geringqualifizierte schaffen müssen.

**adr:** Dee Begrëff, d'ADR benotzt léiwer „verantwortlesche Wuesstem“, heescht e Wuesstem, dee genuch Räichtum generéiert, fir eng Verbesserung vun der Liewensqualität ze erlaben, ouni eis doduerch als Gesellschaft ze iwwerfuere, eis Landschaften ze zerstëieren, Logement a Mobilitéit ëmmer méi schwierig ze maachen, an eis ekonomesch Ofhängegkeeten ëmmer weider ze verstärken. „Verantwortlesche Wuesstem“ heescht also eng ekonomesch Approche, déi eis nees Choixen ouni Zwang erlaabt an eis doduerch méi Liewensqualität a méi Fräiheet gëtt.

**déi Lénk** Wir gebrauchen diesen Begriff nicht. Aus unserer Sicht würden sich aber Alternativen um die Begriffe „regionale Kooperation“, „Exit aus den besonders schädlichen und riskanten Finanzgeschäften“ sowie „ökologische Umorientierung“ drehen. Fest steht, dass unsere Ressourcen und unsere Flächen begrenzt sind.

### Frage 3:

**Im Euroraum bleibt der Leitzins auf einem Rekordtief von null Prozent. In manchen Ländern sind Minuszinsen nicht die Ausnahme, sondern die Regel. Wie will Ihre Partei eine „Enteignung“ der Sparer stoppen?**

**PIRATEN** Die PIRATEN sehen keine Möglichkeit der Politik, die Zinspolitik direkt zu beeinflussen. Die einzige indirekte Möglichkeit, die sich hier bietet, wäre die Umschuldung des Staates durch die Ausgabe einer neuen, direkt zeichenbaren Staatsanleihe auch für kleine Sparer. Dies würde sowohl eine Zinsgarantie für die Anleger ermöglichen als auch die Zinsbelastung des Staatshaushaltes reduzieren.

**gréng** Die Niedrigzinspolitik der EZB ist sehr außergewöhnlich und der großen Finanzkrise in den Jahren 2007-2014 geschuldet. Derzeit wird versucht, die Geldpolitik wieder vorsichtig in „normales“ und ruhigeres Fahrwasser zu führen, so dass dieses Problem in Zukunft weniger ausgeprägt sein wird.

Diese Politik der Zentralbank hatte aber auch eine positive Seite, nämlich dass die Kreditaufnahme, z.B. für den Wohnungskauf, wesentlich erschwinglicher wurde. In Zeiten steigender Zinsen könnte dies jedoch problematisch werden. Es ist demnach eine sehr komplexe Frage. Grundsätzlich ist es so, dass Menschen, die ein Sparkonto eröffnen, nicht speziell bei einer Niedrigzinspolitik Geld verlieren, sondern jedes Mal, wenn die Inflationsrate die Zinsrate übersteigt, was auch bei höheren Zinsen der Fall sein kann.

**LSAP** Die EZB ist unabhängig in der Gestaltung ihrer Geldpolitik. Wir gehen davon aus, dass das Zinsniveau sich mittelfristig normalisieren wird, wenn das Wachstum in der Eurozone anzieht, die Arbeitslosigkeit abnimmt und die Inflation steigt.

**CSV** Der Leitzins wird von der EZB festgelegt, die unabhängig von den Staaten handelt. Für uns ist die Unabhängigkeit der EZB unantastbar.

**KPL** Die KPL lehnt die Politik des „lockeren Geldes“ der Europäischen Zentralbank grundsätzlich ab, die im Wesentlichen den Banken und Spekulanten nutzt und zu einer massiven Inflation an der Börse führte, während Investitionen in die Realwirtschaft weitgehend ausblieben. Sie fordert eine Anhebung des Leitzinses und eine normale Verzinsung von Sparguthaben sowie Steuersenkungen für die Lohnabhängigen und für die Rentner, um diese zu entlasten, da ihnen bei einem höheren Leitzins von den Banken automatisch höhere Zinsen für Kredite berechnet werden.

**DP** Die Zinspolitik der Zentralbanken ist unabhängig von der Politik. Die DP setzt darauf, die Kaufkraft der Menschen zu stärken, beispielsweise durch weitere Steuererleichterungen.

**adr:** D'ADR ass der Meenung, datt d'Zënspolitik eng Kompetenz vun der EZB ass an net vun der Regierung. Si ass awer dogéint, datt d'Währungsunioun zu enger Transfertunioun gëtt. Si wëll, datt d'Problematik vum „Target 2“ endlech ugepaakt gëtt, fir datt dee System net weider als ë quasi onbeschränkt Finanzéierungsinstrument vu südeuropäeschen Zentralbanke ka benotzt ginn. Schrëttweis muss och d'Bonitéit vun de Pabeieren, déi vun den Zentralbanken als Garantien ugeholl ginn, nees erop gesat ginn. Déi regulatoresch Belaaschtungen vun den europäesche Banken, déi sech och an ëmmer méi héijen Gestionskäschten nidderschloen, dærfen net weider eropgeschraubt ginn, esou laang datt net weltwäit geschitt.

**déi Lénk** Alles ist auf die Fondsindustrie und auf die finanzielle Spekulation ausgerichtet. Das sind die neuen Sammelstellen des internationalen Kapitals. Sparkassen verlieren ihre klassische Bedeutung für die „Sparer“. Das Problem muss auf internationaler Ebene gelöst werden, die Europäische Zentralbank und die Staaten müssen über ihre Steuer- und Sozialsysteme zu den zentralen Geldgebern der Wirtschaft werden, deren Eigner die Steuerzahler und die Sozialversicherer sind.





# fonction publique

# Spécial Living

## Wohntrends 2018 – Neue Gestaltungsideen für Ihre Wohnung

Der Trend zur Natürlichkeit setzt sich fort. Die Leute wollen sich in ihre eigenen vier Wände zurückziehen, sich entspannen und dem Alltag entfliehen. Um diese heimische Atmosphäre zu schaffen, eignen sich besonders Naturholzmöbel und Accessoires aus Holz und Naturstein.

**Die Farben Blau und Grün gehören 2018 zu den absoluten Trendfarben**  
Die Farbe Weiß ist nach wie vor sehr beliebt, der Trend geht jedoch in diesem Jahr ganz eindeutig zu grau. Diese Farbe lässt sich hervorragend kombinieren. Blau wurde in den letzten Jahren selbst aus den Badezimmern verbannt, aber die Farbe des Meeres feiert dieses Jahr ein Comeback. Die Farbe Blau ist gut kombinierbar. Machen Sie einfach mal ein paar kleine Farbtests. Eine blaue Wand mit grün-blau abgestimmten Accessoires, wie Bettdecken oder Sofakissen und Decken auf dem Sofa, gibt Ihrem Schlaf- oder Wohnzimmer sofort eine ganz andere Note. Kombinieren Sie Vorhandenes und ergänzen es mit Blau- oder Grüntönen.



YOUR STYLE

Peu importe la couleur que vous désirez,  
nous pouvons la mixer pour vous!  
Venez découvrir notre gamme de  
peinture intérieure et extérieure.

Fachmarkt  
**Robert  
Steinhäuser**  
leudelange & ingeldorf  
LU +352 / 27 16 16 1 | LU +352 / 27 16 16 100  
www.steinhäuser.lu

Luxembourg | Diekirch | Mersch | Canach | T 26 44 13 88 | b-immobilier.lu | f /b-immobilier

Mir sichen Terrainen  
an al Haiser fir ze  
renovéieren oder fir nei  
Immobilieprojeten ze  
realiséieren



B ready

**B** IMMOBILIER  
BINGEN & ASSOCIÉS

Ihre Treppe  
leicht hinauf  
und leicht  
hinunter.

Entdecken Sie den Treppenlift und  
den Hauslift von thyssenkrupp.

Kostenloses Preisangebot und  
Beratung unter 40 08 96.

luxembourg@thyssenkrupp.com  
www.thyssenkruppascenseurs.lu



thyssenkrupp

## Spécial Living

## Kitchen Store est désormais un incontournable en termes de cuisines équipées au Luxembourg



Cuisine Vision designed by Pininfarina

Cela fait en effet bientôt dix ans que ce point de ventes idéalement situé à Strassen (au carrefour de la Route d'Arlon et de la Chaussée Blanche - en prenant la sortie Mamer sur l'autoroute on évite la circulation !), propose un panel de cuisines permettant à chacun d'y trouver SA cuisine idéale.

Déjà dix ans ! Que de chemin parcouru depuis, comme l'acquisition de la marque Snaidero dont Kitchen Store est devenu le revendeur exclusif au Luxembourg.

Snaidero, ce grand nom de la cuisine italienne haut de gamme et présent partout dans le monde. Ses desi-

gners de réputation internationale (Orlandini, Massimi Losa Ghini, Pininfarina et bien d'autres) font de la marque un phare de la cuisine design avec des modèles incomparables à d'autres cuisines.

Si Snaidero conçoit des cuisines droites, pures, strictes suivant le modèle allemand, la marque excelle aussi dans les modèles courbes, arrondis, dans les laques micalisées, métallisées, mates ou ultra-brillantes.



Cuisine Frame designed by losa Ghini

gners de réputation internationale (Orlandini, Massimi Losa Ghini, Pininfarina et bien d'autres) font de la marque un phare de la cuisine design avec des modèles incomparables à d'autres cuisines.

Que de chemin parcouru avec le choix de grandes marques d'électroménager comme Liebherr, Atag, Miele, Küppersbusch etc.

Que de chemin parcouru avec le savoir-faire d'une équipe de poseurs internes dont plusieurs sont des menuisiers capables de transformer des meubles au sein de leur atelier à Howald.

Cette équipe reçoit régulièrement les éloges des clients tant elle est professionnelle, efficace et...gentille. Eh oui, cela compte aussi !

Bien sûr, Kitchen Store propose, en plus des cuisines Snaidero, des cuisines de gammes moyennes pour les budgets plus modestes ou pour les investissements immobiliers.

Pour ses dix ans, Kitchen Store souhaite totalement rénover son showroom et les modèles d'exposition sont offerts à des remises de 50 à 60%, avec une possibilité de stockage gratuit durant un an.

## L'HISTOIRE DE VOTRE FUTUR LOGEMENT COMMENCE CHEZ NOUS



**BANQUE N°1**  
DES PRÊTS IMMOBILIERS

**PRÊT AU LOGEMENT.** Faites confiance à la banque leader des prêts au logement au Luxembourg pour déterminer avec vous le meilleur plan de financement. Pour faire de votre projet logement la plus belle des histoires.

Plus d'informations sur [www.bcee.lu/logement](http://www.bcee.lu/logement)



**SPUERKEESS**  
Äert Liewen. Är Bank.

Banque et Caisse d'Épargne de l'État, Luxembourg, Établissement Public Autonome, 1, Place de Metz, L-2954 Luxembourg, R.C.S. Luxembourg B 30775  
[www.bcee.lu](http://www.bcee.lu), tél (+352) 4015-1

# Cuisine Ola20

designée par Pininfarina



DES CUISINES D'EXPOSITION DE HAUT DE GAMME SNAIDERO ET POGGENPOHL, AVEC DES REMISES

## JUSQU'À 60%

DEPUIS LE 15 SEPTEMBRE

AVANT RÉNOVATION COMPLÈTE DU SHOWROOM.



SI VOTRE PROJET N'EST PAS POUR TOUT DE SUITE, POSSIBILITÉ DE STOCKAGE GRATUIT DURANT UN AN.  
IL N'Y EN AURA PAS POUR TOUT LE MONDE.

**snaidero**  
CUCINE PER LA VITA

by  
**KITCHEN Store**

204, Route d'Arlon • L-8010 Strassen

Tél (00352) 26 11 98 50 • [www.kitchenstoreluxembourg.com](http://www.kitchenstoreluxembourg.com)

# ALL-INCLUSIVE

La cuisine de vos rêves au meilleur prix



**DÉCOUVREZ NOS CUISINES  
ALL-INCLUSIVE  
À PARTIR DE 9.500 €**

Ouvert du lundi au vendredi de 10h à 19h et le samedi de 9h à 18h  
69, parc d'activités Mamer-Cap • L-8308 Capellen | Tél.: 26 30 30 1

[kichechef.lu](http://kichechef.lu)

**Kichechef**  
Miwwel a méi...

## La pergola bioclimatique: vivre le jardin en toute saison



**METALICA Home, ambassadeur  
Renson au Luxembourg**

Pourquoi les plaisirs du jardin devraient-ils prendre fin avec l'arrivée de l'automne ? C'est toujours avec le même regret que l'on doit ranger transats et salon de jardin jusqu'au printemps suivant. Cette année, vous pourriez bien le faire pour la dernière fois et continuer à profiter de votre jardin en toute saison grâce à cette nouveauté... Metalica vous fait découvrir sa pergola bioclimatique Camargue.

**La pergola bioclimatique  
Camargue ou Skye s'adapte à  
toutes vos envies de jardin**

Bien plus efficace qu'un store, et plus simple à installer qu'une véranda, la pergola bioclimatique est le compromis que l'on attendait. Accompagnée de nombreux accessoires et options, elle est la structure idéale pour profiter pleinement des plaisirs du jardin quelle que soit la saison. C'est une manière de prolonger les beaux jours bien au-delà des contraintes du calendrier. La pergola sait s'adapter aux caprices de la météo et aux besoins de ses utilisateurs. Un éclairage permettra de prolonger les belles soirées d'été entre amis, un chauffage de se moquer du froid, et de s'offrir une petite pause, bien installé dans son transat préféré, même en automne.

**La pergola, une belle extension  
pour votre maison**

La pergola peut être accolée à la maison, elle devient ainsi une véritable extension, accessible et utilisable dès que la météo le permet. Elle peut aussi être utilisée comme une structure indépendante et installée dans le jardin ou près d'une piscine. Selon l'option choisie, les usages varient, mais, dans tous les cas, la pergola bioclimatique est un élément visuel fort et valorisant de la maison. Cette belle extension

invite immédiatement le visiteur à la détente et aux plaisirs du jardin, et constitue toujours un élément à l'élégance très flatteuse.

**La pergola, une maîtrise parfaite  
de votre espace de vie**

La pergola bioclimatique Camargue crée un espace de vie parfaitement adapté à vos besoins. Elle vous fait profiter du soleil, de la lumière et du vent, pour en faire les alliés de votre confort. Grâce à une télécommande, les lames rotatives en aluminium du plafond s'orientent en silence et vous assurent une parfaite maîtrise des éléments extérieurs. Dès que vous ressentez le besoin vous pouvez vous mettre à l'abri des rayons de soleil, faire varier l'intensité lumineuse ou adapter la ventilation aux conditions extérieures. Pour ceux qui apprécient le soleil sans modération, la pergola Skye offre une ouverture totale des lames.



**Metalica, ambassadeur  
des produits Outdoor Renson  
au Luxembourg**

Metalica développe son savoir-faire dans le secteur de la menuiserie extérieure au Luxembourg depuis

# Spécial Living



1956. Créatrice de portes et de fenêtres, l'entreprise s'adresse aussi bien aux professionnels qu'aux particuliers. Acteur reconnu dans son domaine, récompensé à plusieurs reprises par l'obtention de labels, Metalica s'attache à proposer les dernières innovations technologiques à ses clients.

C'est en développant un partenariat avec Renson, que la société peut proposer l'installation de vérandas bioclimatiques à sa clientèle. Elle

lui permet de profiter d'un nouvel équipement pour un plus grand confort et une meilleure utilisation de son habitat.

Vous pourrez découvrir une pergola bioclimatique Camargue au showroom de Metalica Home :  
181, rue de Luxembourg  
L-4222 Esch/Alzette

Heures d'ouverture :  
Lu-Ve 9h00 - 19h00  
Sa 9h00 - 16h30

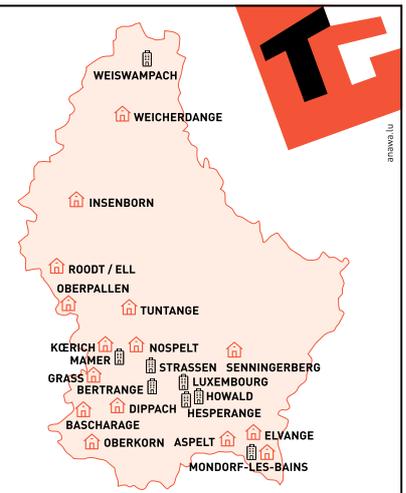
TROUVEZ VOTRE FUTUR LOGEMENT PARMIS NOS DEUX NOUVEAUX PROJETS !

**HOWALD** / 67 appartements et 5 commerces

**BASCHARAGE** / 10 maisons et terrains



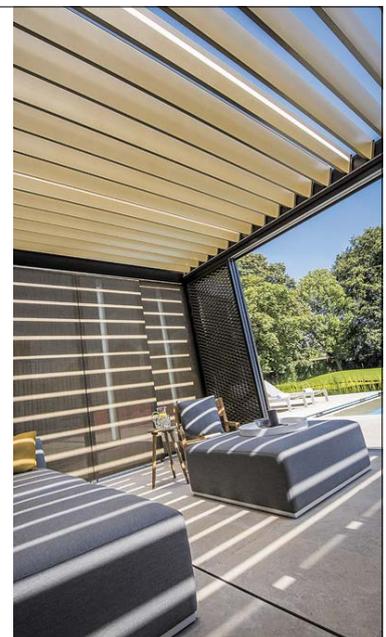
À STRASSEN / 2, RUE MARIE CURIE / T. (+352) 34 18 14 1 / WWW.THOMAS-PIRON.LU



**HERBSTANGEBOTE**  
15/09/2018 - 30/11/2018

2. LAMPE  
LED  
GRATIS

+ 2.  
FIXSCREEN  
zu 50%



Entdecken Sie die bioklimatische Pergola in unserem Showroom.

METALICA EST  
AMBASSADEUR  
RENSON AU  
LUXEMBOURG



**SHOWROOM**

MONTAG BIS FREITAG: 9-19 UHR | SAMSTAG: 9-16.30 UHR

181, rue de Luxembourg L-4222 ESCH/ALZETTE

Tél. +352 55 21 56 | Fax: +352 55 74 14 | info@metalica.lu | www.metalica.lu



# Spécial Living

## Effeti, Cuisine unique



Sinuosa

Effeti est une marque historique sur la scène culinaire italienne. Avec une histoire de plus de quarante ans, la société est devenue au fil du temps un point de référence pour le monde des cuisines de haute qualité: l'utilisation de matériaux de premier choix, les traitements précieux réalisés par des ouvriers experts, le soin dédié pour chaque détail.

Toutes ces conditions, combinées à une passion et à un enthousiasme inépuisables, constituent le patrimoine d'une entreprise, qui, depuis sa création, offre une qualité sans compromis sa mission.

L'attention vers la qualité, l'organisation et la flexibilité de la production permettent de créer des cuisines sur mesure, de la conception à la fabrication.

Le concept de personnalisation qu'Effeti est capable d'offrir est pratiquement unique. La maîtrise des processus de production internes et la coordination de son réseau de fournisseurs rend le choix pour l'utilisateur final en termes de matériaux, finitions, modules et éléments de personnalisation infinie. Chaque cuisine est une pièce unique et entièrement personnalisée.

### CONCEPT NOUVEAU CATALOGUE

Le nouveau catalogue général d'Effeti présente la société d'un point de vue actualisé, à travers une sélection de modèles de cuisine les plus représentatifs et selon une nouvelle philosophie. On réinterprète les paramètres, les compositions et les combinaisons de matériaux.

Le projet repose sur l'intention d'évoquer les milieux de la «vie quotidienne» qui sont créés par une sélection d'objets du quotidien, des plantes et des tissus, qui donnent à l'utilisateur le sentiment réel de scènes de vie vécues.

L'utilisation de revêtements prestigieux et les surfaces riches et raffinées offrent une scène appropriée pour les produits EFFETI, qui se déclinent en fonction des différentes combinaisons de matériaux. Des métaux traités avec des finitions bronze et titane, marbres précieux, tels que la pierre Toffee Brown, l'utilisation de matériaux techniques et hyper performants pour recouvrir les surfaces de travail et les portes, tels que le Laminam et le Fenix.

On utilise souvent du bois précieux, comme le noyer et le châtaignier thermisé, des bois nobles avec des traitements exclusifs, utilisés pour les portes, mais aussi pour les plans de travail, les boiseries et les internes des meubles.

Les armoires avec portes rentrantes et les hautes vitrines sont enrichies par les finitions, comme les portes, étagères en verre, aluminium et acier, accessoires et lumières LED intégrées.

Pour compléter l'offre traditionnelle de Effeti, on propose une collection transversale d'éléments en aluminium. On crée des zones pour le séjour avec des finitions pour tous les modèles équipés d'une large gamme d'accessoires, qui sont utilisés pour l'achèvement de la cuisine ou pour la réalisation d'un espace de vie.

L'intégration des cuisines avec des solutions living exprime la volonté d'ouverture vers de nouveaux environnements et la nécessité de combiner la cuisine avec d'autres fonctions, en particulier pour les situations d'espace ouvert.



Wood



**WIESEN PIRON**  
CONSTRUCTIONS SUR MESURE



ELL (REDANGE/ATTERT) **AB**  
658.335 € TVA 3% incluse



GILSDORF **AB**  
696.161 € TVA 3% incluse



RIPPWEILER **AB**  
771.660 € TVA 3% incluse



CLEMENCY 5,07 ARES **AB**  
1.044.985 € TVA 3% incluse



STEINFORT **AB**  
883.176 € TVA 3% incluse



USELDANGE **AB**  
684.968 € TVA 3% incluse



DIPPACH 0,14 ARES **AB**  
1.169.543 € TVA 3% incluse



IMBRINGEN **AB**  
963.780 € TVA 3% incluse

**CONSTRUCTEUR DE BONHEUR DEPUIS 1980**

- \* planification individuelle
- \* un conseil personnalisé
- \* une qualité irréprochable
- \* des délais respectés

**NOS LOTISSEMENTS**

- \* BERG (BETZDORF)
- \* HOLZEM
- \* STEINFORT
- \* ELL



BERCHEM **AB**  
799.174 € TVA 3% incluse



STEGEN **AB**  
643.399 € TVA 3% incluse



STEINSEL 9,07 ARES **AB**  
2.347.910 € TVA 3% incluse



NIEDERANVEN **AB**  
1.144.504 € TVA 3% incluse



GOSTINGEN 32,84 ARES **AB**  
1.936.4873 € TVA 3% incluse



STEINFORT **AB**  
1.298.546 € TVA 3% incluse

Découvrez une centaine d'autres projets sur notre site: [www.wiesen-piron.lu](http://www.wiesen-piron.lu)



Unika

BEAUCOUP VOUS PROPOSENT DES CUISINES,  
CHEZ EFFETI NOUS VOUS FERONS CELA :

**Effeti**  
CUCINE UNICHE

**Miele** SUB•ZERO **WOLF**  
**GAGGENAU** **SIEMENS** DuPont™ **CORIAN**

**Effeti**  
117, route d'Arlon - L-8009 Strassen  
(ancien local **Miele** die Küche)

Tél.: 26 11 92 16  
info@effeti.lu  
[www.effeti.lu](http://www.effeti.lu)

# DÉCOUVREZ LES DEUX TOURS ZENITH SUR LA - CLOCHE D'OR -



NOUVELLE PHASE SUR LA CLOCHE D'OR  
PROCHAINEMENT EN VENTE «ILOT D»

GECKO.lu



**AXENTO**  
YOUR HOME, OUR AMBITION

4, rue Charles Darwin L-1433 Luxembourg  
+352 28 85 02 - 1  
contact@axento.lu www.axento.lu

# Spécial Living

## Auch 2018 bleibt der Stilmix im Trend

Stilmix bedeutet keineswegs, dass Sie ständig die Möbel wechseln müssen. Schon ein paar Accessoires zaubern ein ganz neues Ambiente. Das Wohnzimmer zum Beispiel lässt sich prächtig aufpeppen, indem Sie einfach ein paar neue Kissen und ein paar kuschelige Decken besorgen. Vielleicht finden Sie auch noch einen angesagten Designer-Sessel



aus zweiter Hand oder ein kleineres Möbelstück, was vortrefflich zum neuen Wohntrend passt.

### Welcher Einrichtungsstil passt zu mir?

Es ist nicht immer leicht, den richtigen Einrichtungsstil zu finden, ohne das Budget zu sprengen. Der Einrichtungsstil ändert sich oft im

Einklang mit dem privaten oder beruflichen Leben. Wer kleine Kinder zu Hause hat, bevorzugt eher praktische Möbel, als Designerstücke. Hinzu kommt auch die persönliche Einstellung zu verschiedenen Materialien. Nicht jedem gefällt die Einrichtung aus Holz sowie aus kühlen Materialien, wie beispielsweise Stein und Metall.

### CALMUS

**LOTISSEMENT «KRAIZWISS»**

**12 LOTS RESTENT À VENDRE**

Lotissement « Kraizwiss » de 19 parcelles pour maisons unifamiliales situé à Calmus.  
Terrain : de 3,98 à 8,96 ares  
Les travaux d'infrastructures ont débuté en début d'année et prendront fin en octobre/novembre 2018.  
Prix sur demande.

**LOTS DISPONIBLES:**

- Lot 4: 4,13 ares
- Lot 5: 5,02 ares
- Lot 6: 4,25 ares
- Lot 7: 4,26 ares
- Lot 8: 4,15 ares
- Lot 9: 4,23 ares
- Lot 10: 8,35 ares
- Lot 13: 8,96 ares
- Lot 15: 6,72 ares
- Lot 17: 3,98 ares
- Lot 18: 3,68 ares
- Lot 19: 4,25 ares

**ROMABAU**

Wir bauen  
*Die Qualitätshäuser*  
für Generationen

ZERTIFIZIERTEN PASCHENACH HANDWERKER  
Energie für die Zukunft  
MADE IN LUXEMBOURG

6, Beelerstrass  
L-9991 Weiswampach  
info@romabau.com

www.romabau.com  
Tél. 26 95 78 18  
Fax 26 95 78 28

**vouloir un chez soi**  
**C'EST NATUREL**

**Raiffeisen**  
Naturellement ma banque

Taux d'intérêt attractif, en fixe ou en variable, aides étatiques... avec le prêt logement de Raiffeisen, vous profitez naturellement **de la meilleure solution pour financer votre projet immobilier**. Nos conseillers se tiennent à votre entière disposition, même en dehors de nos heures d'ouverture, en agence ou chez vous.

Infos en agence ou sur [www.raiffeisen.lu](http://www.raiffeisen.lu)

Banque Raiffeisen, société coopérative

## Spécial Living

## Ratgeber: Einige Tipps, um Fehler beim Heizen mit dem Kamin zu vermeiden



Öfen und Kamine werden immer beliebter. Sie schaffen eine angenehme Hitze und eine einmalige Atmosphäre. Im Umgang mit der Feuerstätte sollten aber unbedingt einige Regeln und Tipps beachtet werden, damit die Lust am Feuer nicht in Frust umschlägt.

Die Feuerstätte sollte unbedingt in einem einwandfreien, technischen Zustand sein. Beschädigte Teile, wie beispielsweise Türdichtungen oder gerissene Schamottesteine sollten ausgetauscht werden. Diese sind in der Regel beim Hersteller erhältlich. Ältere Geräte, die vor dem 1. Januar 1985 in Betrieb genommen wurden, müssen dem aktuellen Stand der

Gesetzgebung entsprechen. Hier sollte ein Experte um Rat gefragt werden.

Wichtig ist ebenfalls das Heizen mit dem richtigen Brennstoff. Beim Anzünden des Kamins oder des Ofens sollte besonders darauf geachtet werden, dass Holz, das für eine hohe Startwärme sorgt, benutzt wird. Das Brennholz sollte unbedingt trocken und nicht zu dick sein, um zu viel Rauch zu verhindern.

Das Holz sollte locker auf dem Feuerraumboden liegen und die Wände nicht berühren. Demnach darf die Scheitlänge nicht zu groß sein.

Sowohl Spanplatten, gestrichenes oder beschichtetes Holz, haben in den Feuerstätten nichts zu suchen.

Zahlreiche Öfen sind für Holz- und Braunkohlenbriketts zugelassen. Diese praktischen Dauerbrenner sollten auf einem heißen Glutbett angezündet werden.

Für einen optimalen Abbrand sollte ein Großteil der Verbrennungsluft als sogenannte Primärluft von unten durch den Brennrost zugeführt werden. So werden die Briketts locker umspült. Etwa drei bis vier Braunkohlenbriketts reichen aus, um die Feuerstätte entsprechend der Nennwärmeleistung zu betreiben.

Egal ob Holz oder Briketts, grundsätzlich sollte bei der Brennstoffmenge den Empfehlungen des Herstellers gefolgt werden. Eine zu große Menge an Holz oder Briketts kann die Feuerstätte schädigen.

Eine schwarze oder beschlagene Sichtscheibe deutet auf eine mangelhafte Temperaturentwicklung im Brennraum hin. Feuchtes Holz, oder eine falsche Lufteinstellung könnten der Grund hierfür sein.

Insbesondere bei Kaminen mit sehr breiten Glasfronten wird empfohlen, den Brennstoff über die gesamte Fläche gleichmäßig zu verteilen.

# Lampertz

stone designer

the magic of Stone  
by Lampertz

HOSINGEN | WALFERDANGE



99 72 71-1

[www.lampertz.lu](http://www.lampertz.lu)



**AREND &  
FISCHBACH**  
PROMOTION IMMOBILIERE



**massivepassive**  
ecological houses in wood



## TERRAINS A BATIR APPARTEMENTS MAISONS



Découvrez tous nos projets actuels sur: [arend-fischbach.lu](http://arend-fischbach.lu) ☎ 32 75 76



Concevons ensemble  
la cuisine de votre vie

**eggo**  
KITCHEN HOUSE

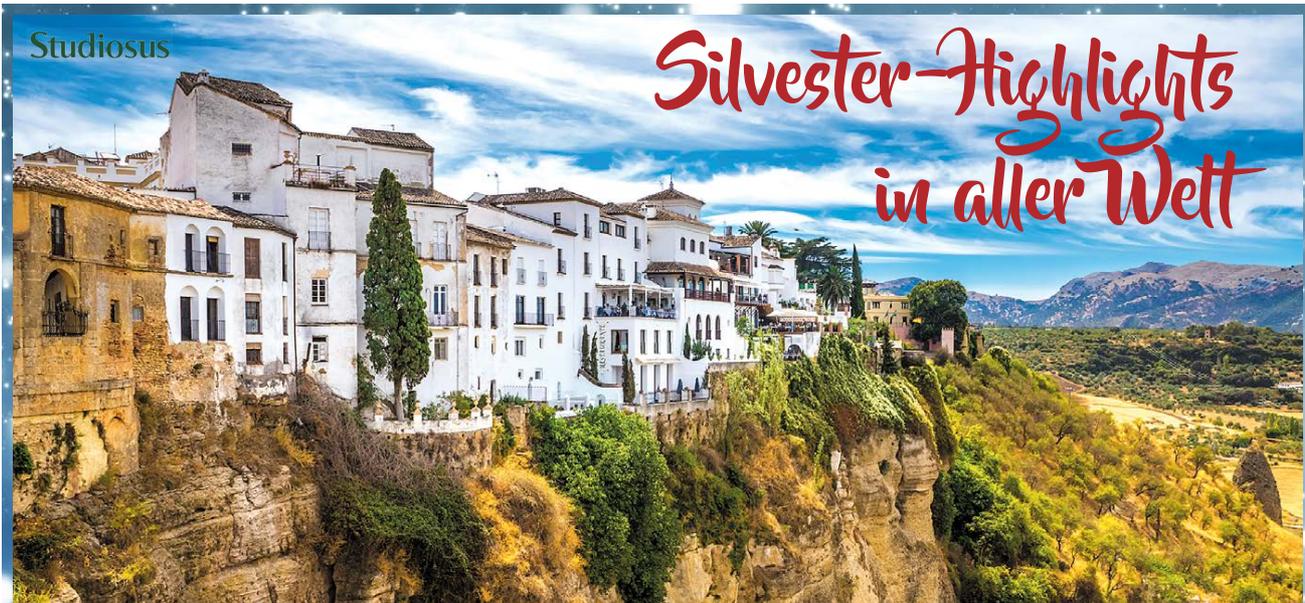
D'Kiche vu mengem Liewen

- Fabrication allemande, meubles garantis 10 ans
- Prix imbattables toute l'année
- Devis gratuit, clair et détaillé
- Suivi personnalisé
- Montage par un personnel qualifié

[eggo.lu](http://eggo.lu)



FOETZ: rue du Brill 12 - 24 51 48 41 • HOWALD: rue des Scillas 20 - 28 37 18 65



# Silvester-Highlights in aller Welt



Feiern Sie Silvester 2018 einmal gebührend in einem anderen Land und rutschen Sie zusammen mit weltweiten Mitreisenden in das neue Jahr. Holen Sie sich bei den nachfolgenden Reisen Lebenskraft und neuen Schwung für das kommende Jahr. Alles ist perfekt organisiert, vom Besichtigungsprogramm bis zum Silvester-Dinner.

## Andalusien – Silvester für Alleinreisende

8 Reisetage ab 1.865€ / Person im EZ

Maurische Paläste, weiße Dörfer und heißer Flamenco: Verbringen Sie ein temperamentvolles Silvester in Andalusien! Lassen Sie sich einfangen von der mediterranen Stimmung in Südspaniens Städten Sevilla und Granada. In Cordobas Altstadt starten Sie mit einem Silvester-Dinner kulinarisch ins neue Jahr.

## Israel – Studienreise

8 Reisetage ab 1.695€ / Person im DZ

Kosmopolitisch und traditionell, jung und hip, Schmelztiegel der Kulturen: Das alles ist Israel und der ideale Ort, um den Jahreswechsel zu feiern! Entdecken Sie das Tote Meer und viele andere faszinierende Sehenswürdigkeiten. Ihr Reiseleiter führt Sie außerdem nach Tel Aviv, Jerusalem und Bethlehem.

## Riga – Jahreswechsel für Alleinreisende

5 Reisetage ab 1.465€ / Person im EZ

Ein Wintermärchen an der Ostsee: Bummeln Sie durch tief verschneite mittelalterliche Gassen und Jugendstilviertel, machen Sie einen Ausflug ins Schloss Cesis und feiern Sie mit Ihren Mitreisenden bis ins neue Jahr bei Livemusik, Silvestermenü und einem farbenfrohen Feuerwerk.

## Wien – Kulturer Eventreise

4 Reisetage ab 1.875€ / Person im DZ

Im Walzertakt ins neue Jahr: Genießen Sie am Silvesterabend eine Aufführung der „Fledermaus“ von Johann Strauss in der Wiener Staatsoper! Die Highlights der Donaumetropole zwischen Stephansdom, Kunsthistorischem Museum und Schloss Schönbrunn lernen Sie natürlich auch kennen.

Gerne beraten wir Sie und stellen Ihnen die ausführlichen Reisebeschreibungen dieser und einer Vielfalt anderer Silvester-Reisen vor. Wenden Sie sich einfach an Lux Voyages, Ihre CGFP-Reiseagentur.



**LUX VOYAGES** s.à.r.l.

Tel.: 47 00 47 - 1 | [info@luxvoyages.lu](mailto:info@luxvoyages.lu)  
25-A, boulevard Royal | L-2449 Luxembourg



# Mehr IQ für mehr qm!

Mit BHW zuverlässig in die eigenen vier Wände

Wohneigentum ist alles: Baufinanzierung, Vermögensaufbau, Anlageoptimierung, solide Altersvorsorge. Sprechen Sie mit einem BHW-Berater darüber. **Oder rufen Sie die CGFP Hotline an: 473651.**

Die CGFP ist der BHW Bausparpartner in Luxemburg für den öffentlichen Dienst.

BHW Bausparkasse  
Niederlassung Luxemburg  
16, rue Erasme  
L-1468 Luxembourg Kirchberg  
[www.bhw.lu](http://www.bhw.lu)

**BHW**   
Gemeinsam für Ihr Zuhause